:antifaschistische nachrichten Nr. 9

g 3336 2.5.2013 29. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Breker in Herford

HERFORD. In der derzeit im Städtischen Museum „Marta“ in Herford gezeigten Ausstellung „Farbe bekennen – Was Kunst macht“ werden auch 50 Plastiken von Hitlers Lieblings-Bildhauer Arno Breker (1900-1991) gezeigt. Dabei ist der Saal mit den Breker-Figuren ein Installationsbeitrag des Schweizer Künstlers Christoph Büchel zur Schau „Farbe bekennen“. Im Nachkriegsdeutschland „sowohl verfemt wie auch gefeiert, scheint sich heute niemand mehr an Breker zu stören“, heißt es in einem Beitrag in der „Preußischen Allgemeinen Zeitung/Das Ostpreußenblatt“ (15/2013) über die Herforder Ausstellung. „Es wurde auch langsam Zeit, dass man wenigstens in seinem Fall ein unverkrampftes Verhältnis zu seiner Kunst bekommt, mit der er außer sich selbst niemanden groß geschadet hat“, so das Organ der „Landsmannschaft Ostpreußen“. Der während der Entnazifizierungsverfahren lediglich als „Mitläufer“ eingestufte Breker war ein von den Nazis hoch geehrter Staatsbildhauer. Nach 1945 hielt Breker an seiner Einstellung fest. Er gehörte in der Frühzeit der NPD zu deren Förderern und war ab 1965 Ehrenmitglied des neofaschistischen „Deutschen Kulturwerks Europäischen Geistes“ (DKEG). Noch 1980 erhielt Breker von der gleichfalls rechtsgerichteten „Gesellschaft für freie Publizistik“ den „Ulrich von Hutten-Preis“ verliehen. *hma* ■

Aus dem Inhalt:

Buchenwald: 68. Jahrestag der Selbstbefreiung 3
Frankreich: Soziale Bewegung von rechts 8

Partei des verrohenden, nach unten tretenden, national-chauvinistischen Mittelstands

„Alternative für Deutschland“

Hinter dem medialen Hickhack, ob die neue „Alternative für Deutschland“ (AfD) nun rechtspopulistisch sei oder nicht, gerät die Frage nach dem Wesen dieser Honoratioren-Organisation aus dem Blickfeld. Das sollte sich schleunigst ändern.

Die AfD verlangt die Verwendung von Steuermitteln für die Belange ihrer mittelständischen Klientel – kein Geld soll ins Ausland gehen, möglichst wenig aber auch für das untere Drittel der deutschen Gesellschaft ausgegeben werden.

Nach den Ursachen der Wirtschaftskrise, die ihre schwersten Auswirkungen in Südeuropa hat, wird gar nicht erst gefragt – eine Kritik am deutschen Exportboom, mit dem die dortigen Ökonomien kaputt konkurriert wurden, findet sich nicht einmal ansatzweise. Nein, mit dem auf Kosten anderer sehr erfolgreichen deutschen Außenhandel ist die AfD einverstanden; und auch der EU-Binnenmarkt wird begrüßt. Nur die Kosten, die der darauf folgende Zusammenbruch südeuropäischer Ökonomien verursacht, sollen von Deutschland auf keinen Fall mitgetragen werden. Hier vertreten sie die Interessen der binnenmarktorientierten, überwiegend mittelständisch geprägten Unternehmen (deren Verbände sich ebenfalls immer wieder kritisch zur Euro-Rettungspolitik geäußert haben). Wörtlich heißt es im AfD-Programm „Banken, Hedge-Fonds und private Großanleger sind die Nutznießer dieser Politik (der Euro-Rettung, F.B.). Sie müssen zuerst dafür geradestehen.“

Dass die AfD die Interessen mittelständischer Unternehmen gegenüber den Großkonzernen wahrnimmt, heißt aber nicht, dass sie zugleich auch die der lohnabhängigen oder prekarisierten Bevölkerungsteile vertrete. Genau das Gegenteil ist der Fall. Genau so wie Steuergelder nicht ausgegeben werden sollen, um Exporteuren weiterhin ihre großen Gewinne zu sichern, so sollen sie auch nicht für soziale Zwecke nach „unten“ transferiert werden.

Im Programm wird das „Kirchhof˙sche Steuermodell“ angepriesen. Dieses sieht Steuerzahlungen in Höhe von 15, 20 und 25 % vor. Das aber würde bedeuten, dass die Steuereinnahmen deutlich sänken, v.a. die Zahlungen der Gutverdienenden und Reichen würden drastisch verringert. Zugleich wird die Regierung aufgefordert, „die Schuldenbremse zu achten und die Schuldenberge abzubauen“. Dem Staat stünde weniger Geld zur Verfügung – es müsste also bei den Ausgaben gespart werden. Wo allerdings der Rotstift angesetzt werden soll, ver-

Fortsetzung Seite 2 unten

Kundgebung und Protestaktionen am Sonntag, 5. Mai 2013 ab 10 Uhr auf dem Theaterplatz Bad Godesberg gegen proNRWAuftritt

Anlegertagung in Hamburg

HAMBURG. Am 31. Mai und 1. Juni findet im Steigenberger Hotel in Hamburg die „4. Hamburger Mark Banco Anlegertagung“ statt, die vom „Institut für Austrian Asset Management“ durchgeführt wird. Zu den Referentinnen und Referenten der Tagung, die unter dem Motto „Rezession – Repression – Sezession: Investmentchancen in turbulenten Zeiten“ u.a. in Kooperation mit der rechtsliberalen Zeitschrift „eigentümlich frei“ durchgeführt wird, gehört u.a. Beatrix von Storch vom Verein „Zivile Koalition“. Diese wird von der „Jungen Freiheit“ (17/2013) als „Mutter der Bewegung“ gefeiert, ohne „deren jahrelangen Mobilisierungsfeldzug gegen den klammheimlichen Verfassungsputsch der Euro-„Retter“… es die Alternative für Deutschland wohl gar nicht geben“ würde. Ebenfalls als Referent angekündigt wird Oliver Janich, der gerade eben erst von seinem Amt als Bundesvorsitzender der neoliberalen Kleinpartei „Partei der Vernunft“ zurückgetreten ist und zu den Autoren von Jürgen Elsässers Zeitschrift „Compact“ gehört. Gleichfalls angekündigt wird ein Auftritt des Euro-Klägers Prof. Dr. Karl Albrecht Schachtschneider, der sich in den 1990er Jahren beim rechtsgewirkten „Bund Freier Bürger“ engagierte, heute in der „Jungen Freiheit“ schreibt und zu den Unterstützern der „Alternative für Deutschland“ gehört. Andere Referenten, wie Prof. Dr. Thorsten Polleit, Prof. Dr. Philipp Bagus und Prof. Dr. Guido Hülsmann gehören zu den Autoren der Zeitschrift „eigentümlich frei“.

hma ■

„Blaue Narzisse“ eröffnet Zentrum

DRESDEN. Die 2004 in Chemnitz im Umfeld von Pennälerschaften als Schülerzeitung gegründete „Blaue Narzisse“ hat den Aufbau eines „Zentrums für Jugend, Identität und Kultur“ zum 1. Juli 2013 angekündigt. Es soll in Dresden ein Ort entstehen, „an dem nonkonforme Menschen zusammen Ideen verwirklichen können“, heißt es in der Ankündigung. Zu diesem Zweck habe der Förderverein der „Blauen Narzisse“ Räumlichkeiten in Dresden angemietet. Auf 60 Quadratmetern soll die Redaktion der Zeitschrift und eine kleine Leihbibliothek untergebracht werden. Ab dem Wintersemester 2013/2014 soll der Seminarbetrieb beginnen. Das Aufbringen der Startkosten in „Höhe von ca. 30.000 Euro“ sei ein „großer Kraftakt“ gewesen, so das extrem rechte Blatt. Als Standort des neuen Zentrums mit Büroräumen und einem Konferenzraum wird der Dresdner Stadtteil Weißer Hirsch verortet. *hma* ■

Japanische Politiker ehren Kriegsverbrecher

TOKIO. Ungeachtet der Proteste im benachbarten Südkorea haben erneut japanische Politiker den Yasukuni-Schrein in Tokio besucht. In dem Schrein werden die japanischen Kriegstoten geehrt. Die 168 Parlamentarier verschiedener Parteien gedachten anlässlich eines Schreinfestes der Seelen der Toten. In dem Heiligtum werden auch verurteilte Kriegsver-

Fortsetzung Seite 5 unten

schweigt das Programm. Und auch zu sozialpolitischen Themen äußert es sich nicht – ganz offensichtlich besteht Furcht davor, dass jede Positionierung an dieser Stelle SymphatisantInnen kosten würde. Zu Recht! Denn sehen wir uns Verlautbarungen führender AfD-FunktionärInnen an, entsteht das Bild einer ziemlich elitären und antisozialen Gruppierung.

Bereits 2005 forderten mehrere Professoren, unter ihnen der heutige AfD-Sprecher Bernd Lucke, in einem „Hamburger Appell“, drastischen Sozialabbau. Eine „verantwortungsbewusste Finanzpolitik (müsse) streng stabilitätsorientiert sein. Die Konsolidierung der Staatsfinanzen erfordert weit reichende Einschnitte in allen Bereichen der öffentlichen Ausgaben. Davon können auch die sozialen Sicherungssysteme nicht ausgenommen bleiben.“

Lucke steht mit solchen Auffassungen in der AfD-Führung nicht allein. Konrad Adam, ebenfalls Parteisprecher, sorgte sich schon 2006 in einer „Welt-Kolumne“ (16.10.06) darum, dass die so in ihrer sozialen Existenz beschnittenen Menschen zu viel Macht gewinnen könnten. Seine Lösung: Deren Wahlrecht abschaffen! „Neulich hat ein Gastautor auf diesen Seiten den Vorschlag gemacht, den von ihm sogenannten Nettostaatsprofiteuren das Wahlrecht zu entziehen. In diese Kategorie gehören nach seiner Definition (…) vor allem die Masse der Arbeitslosen und der Rentner. Alle diese Gruppen beziehen ihr Einkommen ganz oder überwiegend aus öffentlichen Kassen und haben schon deshalb ein höchst persönliches Interesse daran, den Staat, der sie ernährt, so fett (und nicht so schlank) wie möglich dastehen zu lassen. (…) Unstrittig aber dürfte sein, dass sich die Politik verändern wird, wenn die Mehrheit im Lande zugunsten der Zuwendungsempfänger kippt. Dann muss die Politik, bei Strafe des Machtverlustes, die von ihr Abhängigen bei Laune halten. (…) Vor diesem Hintergrund klingt die Anregung, den Inaktiven und Versorgungsempfängern das Wahlrecht abzuerkennen, provokativer, als sie tatsächlich ist.“

Und für die EmpfängerInnen von Sozialhilfe oder Hartz IV sieht die neu gewählte Beisitzerin der AfD, Irina Smirnova, (laut dem Blog andreaskemper.wordpress.com/) Zwangsunterweisungen vor: Sie werden „in einem Lektorium unterrichtet, Sie haben einen normalen Arbeitstag wie alle normal arbeitenden Bürger und Urlaubsanspruch. Es werden Schulungen in Deutsch, Mathematik, Politik, Religion, berufsfördernde Maßnahmen etc. angeboten ihrem Leistungsniveau entsprechend mit Anwesenheitspflicht, bei 90 Min. Pause in der Mensa zum Mittagessen.”

Aber auch für die Lohnarbeitenden hat Lucke das alte Standard-Repertoire vom Gürtel-enger-schnallen bereit. Noch einmal der „Hamburger Appell“: Die „Arbeitskosten (sind) ein Schlüssel zur Überwindung der deutschen Wachstumsschwäche. Wer behauptet, Deutschland könne und müsse ein Hochlohnland bleiben, handelt unredlich oder ignorant. (…) Überdies wird die erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa und Asien zukünftig vermehrt auch mittlere bis hohe Qualifikationsprofile des deutschen Arbeitsmarktes erfassen und zumindest zu äußerster Lohnzurückhaltung nötigen. (…) Die unangenehme Wahrheit besteht deshalb darin, dass eine Verbesserung der Arbeitsmarktlage nur durch niedrigere Entlohnung der ohnehin schon Geringverdienenden, also durch eine verstärkte Lohnspreizung, möglich sein wird. Eine Abfederung dieser Entwicklung ist durch verlängerte Arbeitszeiten, verminderten Urlaubsanspruch oder höhere Leistungsbereitschaft möglich. “

Hinzu kommt bei der AfD noch eine klassisch-konservative Familienpolitik mit „der Familie als Keimzelle der Gesellschaft“. Auch für die Bildung sind zunächst einmal die Eltern verantwortlich, mit Chancengleichheit hat das nichts zu tun. Und ein Schlaglicht auf die neoliberalen Grundprämissen Luckes wirft seine Befürwortung der Privatisierung der Wasserversorgung auf dem Parteitag am 14.4.

Die AfD erweist sich bei näherem Hinsehen als national-chauvinistische Partei, mit einem bieder-konservativen Gesellschaftsbild bei dem gerne nach unten getreten wird. Sie artikuliert die Wünsche eines in Sorge vor dem eigenen Abstieg zunehmend verrohenden Mittelstands, der eine Politik der Rücksichtslosigkeit nach innen und nach außen verlangt. So betrachtet ist die AfD durchaus anknüpfungs- an die und koalitionsfähig mit den derzeitigen Regierungsparteien. Aber alle die, die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft oder von staatlichen Sozialleistungen leben müssen, sollten im ureigensten Interesse die Finger davon lassen! (*wie alle anderen, bitteschön, auch; Red.)*

F

Siehe auch Seite 8

68. Jahrestag der Selbstbefreiung

Bericht der LAG Buchenwald-Dora e.V. zum Jahrestag der Sebstbefreiung der Häftlinge des KZ Buchenwald

Foto: VVN/BdA Aachen

Im Rahmen der Veranstaltungen anlässlich des 68. Jahrestages der Selbstbefreiung der Häftlinge des Konzentrationslagers nimmt das Treffen der Nachkommen einen festen Platz ein, wenngleich ihm teilweise noch immer mit Ignoranz begegnet wird. Das 4. Treffen der Nachkommen, zu dem die Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora (LAG) für den 14. April 2013 in den Kinosaal der Gedenkstätte Buchenwald eingeladen hatte, setzte eine Tradition fort, die immer stärkere Resonanz auch bei jüngeren Menschen findet. Wieder trafen sich ehemalige Häftlinge, Hinterbliebene und Nachkommen von Häftlingen, Antifaschistinnen und Antifaschisten aus der ganzen Bundesrepublik, um sich gegenseitig kennen zu lernen, um den Austausch von Gedanken zu pflegen. Die Plätze im Kinosaal der Gedenkstätte Buchenwald reichten nicht aus, um alle Interessierten aufzunehmen. Unkompliziert besetzten die Jüngeren Stufen, um Betagteren Platz in den Sesseln zu bieten. Eine Gruppe ehemaliger Häftlinge aus der Ukraine, aus Belarus und Russland war der Einladung der LAG gefolgt und wurde mit besonderer Herzlichkeit begrüßt, war doch die Zusammenkunft aus Anlass des 68. Jahrestages der Selbstbefreiung der Häftlinge des KZ dem solidarischen antifaschistischen Widerstand bei Ankunft der Massentransporte sowjetischer Kriegs- und Zivilgefangener 1943 in Buchenwald gewidmet.

Bereits am Vortag wurde an den Fundamenten des ehemaligen Pferdestalls der bestialischen Ermordung von über achttausend sowjetischen Kriegsgefangenen gedacht. Wilfried Beater erinnerte daran, dass unter den Ermordeten auch Genossen seines Vaters gewesen sein können, der als Kommunist zur Roten Armee übergelaufen sei, in ihren Reihen gegen den faschistischen Feind als anerkannter und geachteter Genosse gekämpft hatte und so das andere Deutschland erkennen ließ. Zitate aus Zeitzeugenberichten von Karl Barthel und Richard Kucharczyk erinnerten an die Mordorgien der SS in der Genickschussanlage, zugleich an das solidarische Verhalten der Häftlinge gegenüber sowjetischen Kameraden. Am Gedenkstein für das sowjetische Kriegsgefangenenlager wurde mit Blumengebinden und still der vielen Opfer gedacht.

Auf der großen Filmleinwand gezeigte Fotos ehemaliger deutscher Häftlinge des KZ Buchenwald und einiger ihrer Kameradinnen und Kameraden aus der Sowjetunion stimmten das Gedenken im Kinosaal der Gedenkstätte ein. Es handelte sich diesmal um Fotos solcher deutscher Häftlinge, die in besonderer Weise den sowjetischen Häftlingen verbunden waren.

Professor Heinrich Fink, Vorsitzender der VVN-BdA, eröffnete das diesjährige Treffen, an dem auch Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrates deutscher Sinti und Roma, Vertreter der Jüdischen Gemeinde, die Bundestagsabgeordneten der Fraktion Die Linke Kersten Steinke und Jens Petermann, der Vorsitzende des Fördervereins Buchenwald e.V. Dr. Volkhardt Germer sowie Abgesandte der Botschaft Russlands in der BRD teilnahmen.

In seiner Begrüßung erklärte der ehemalige Häftling Nummer 22514 und jetzige Vorsitzende der LAG, Günter Pappenheim, dass die Solidarität im Lager ein bedeutsames Überlebensmittel war, was nicht vergessen werden dürfe, weil es zur Erinnerung gehört. Das sei umso wichtiger, als Bestrebungen sichtbar sind, es vergessen zu machen. Bezug nehmend auf die Aktualität des Schwurs von Buchenwald bezeichnete er es als zynische Verharmlosung des Faschismus und schwere Beleidigung der Opfer, wenn Neofaschismus heute schnoddrig als Dummheit bezeichnet werde, die sich nicht verbieten lasse, um damit zu rechtfertigen, weshalb die Bundesregierung keinen Antrag zum Verbot der NPD stelle. Das sei verordneter Anti – Antifaschismus. Diesen endlich aufzugeben forderte er energisch und verlangte zugleich, die neofaschistische NPD unverzüglich und nachhaltig zu verbieten.

In seinem Grußwort würdigte der Bürgermeister der Stadt Weimar, Peter Kleine, kontinuierliches Gedenken dieser Form und diesen Inhalts als wichtig und bedeutsam für die Bürgerinnnen und Bürger der Stadt, weil es zeige, wie eng das Verhältnis zwischen den ehemaligen Häftlingen, der Stadt Weimar und der Gedenkstätte Buchenwald sei. Buchenwald sei ein Teil Weimars. Er verwies auf die direkte Verantwortung der Stadt gegenüber sowjetischen Kriegs- und Zivilgefangenen, die hier Zwangsarbeit leisten mussten.

Mit einem an historischen Fakten reichen Referat benannte der Historiker Dr. Jens Binner Hintergründe, Zusammenhänge und eine Vielzahl interessanter Details für den ungeheuerlichen faschistischen Terror gegen sowjetische Kriegs- und Zivilgefangene in der Sowjetunion und in den KZ.

Diese sachliche Darstellung unterlegte der ehemalige Häftling Boris Romantschenko mit dem emotional beeindruckenden Bericht über sein Erleben in Buchenwald und im KZ Mittelbau-Dora. Bertrand Herz, Präsident des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora und Kommandos, verwies in seinem Grußwort auf den hohen Wert der internationalen Solidarität, die den sowjetischen Kriegs- und Zivilgefangenen entgegengebracht wurde. Er und sein Vater hätten Solidarität im Lager als hohes Gut erlebt.

Ottomar Rothmann, Ehrenbürger der Stadt Weimar, ehemaliger Häftling Nummer 6028, sprach über seine Erinnerungen an das Eintreffen der ersten weiblichen Häftlinge aus der Sowjetunion im KZ Buchenwald, was im Häftlingslager eine Welle der Solidarität auslöste. Mit klarer, kräftiger Stimme sprach der heute fast Zweiundneunzigjährige von der unglaublichen Kraft einer freundlichen Geste gegenüber den hungernden, gequälten, gedemütigten Frauen. Das solidarische Verhalten gegenüber den Frauen habe zugleich die eigene Zuversicht gestärkt im Kampf gegen die Faschisten.

Lena Sarah Carlebach las erschütternde Aussagen von Frauen aus der Sowjetunion, die als Zwangsarbeiterinnen in das KZ Buchenwald verschleppt und von dort zu schwerster Arbeit in Außenlager kommandiert wurden. Nina Schalagina musste als Fünfzehnjährige mit ihrer Mutter und der fünfjährigen Schwester ihre von der Wehrmacht niedergebrannte Heimatstadt Klinzy verlassen. Als so genannte Russische Zivilarbeiterin kam sie mit der Häftlingsnummer 36966 in das Außenlager des KZ Buchenwald Hasag Taucha. Dort hatte sie täglich zwölf Stunden in der Granatenproduktion zu arbeiten.

Foto: VVN/BdA Aachen

Einer zum Abschluss des 4. Treffens der Nachkommen in deutscher und russischer Sprache vorgetragenen Erklärung stimmten die Anwesenden mit starkem Befall zu.

Mit dem Buchenwaldlied wurde das beeindruckende 4. Treffen der Nachkommen in Buchenwald beendet.

Gerhard Hoffmann
LAG Buchenwald-Dora e.V.

Kurzanalyse der AfD

Fakten

Die Alternative für Deutschland (AfD) ist eine von vielen sogen. „Kleinen Parteien“ in Deutschland. So nennt man Parteien, die bei Landtags- oder Bundestagswahlen bislang die 5%-Hürde deutlich verfehlen. Die AfD wurde am 6. Februar 2013 gegründet und hielt am 14. April 2013 ihren Gründungsparteitag ab. Sie verfügt über ca. 8000 Mitglieder. Die Partei hat bereits einige Landesverbände gegründet. Ihr Hauptthema ist ihre Ablehnung der gemeinsamen europäischen Währung, des Euro. Sie kann daher als sogen. Ein-Punkt-Partei bezeichnet werden.

Anders als alle Parteineugründungen in jüngster Zeit, WASG, DIE LINKE und Piraten ausgenommen, kann die AfD einen Gründungserfolg verzeichnen. Sie kann Spendengelder, Mitglieder, Führungspersonal akquirieren und sich parteiförmig organisieren. Vor allem aber gelingt es ihr, Aufmerksamkeit in den Medien zu erringen. Man kann von einem Medienhype sprechen, die großen Massenmedien wollen dieser Partei Aufmerksamkeit verschaffen. Das dürfte auch an der Tristesse liegen, die den Bundestagswahlkampf prägt, seitdem Angela Merkel beschlossen hat, die Wählerschaft dadurch zu demobilisieren, dass die Union der SPD wirklich jedes Thema wegnimmt, was zur Konfrontation, einem „Lagerwahlkampf“, also zur Mobilisierung taugen könnte.

Bei der Landtagswahl in Niedersachsen Anfang 2013 trat mit der „Wahlalternative 2013“ eine Gruppierung an, die personell weitgehend identisch mit dem Kreis jener politischen Unternehmer ist, die heute die AfD führen und unterstützen. Gemeinsam mit den Freien Wählern erreichte man 1,1%, seitdem weiß man in der CDU und in der FDP, dass diese Gruppierung leicht eine knappe Mehrheit bei Wahlen kosten kann. Allein die Drohung politischen Erfolgs zwingt diese Parteien zu Reaktionen. Warnungen an die Wählerschaft, Drohungen, Bagatellisierungen, Herabsetzungen des Personals werden bemüht, um die Gefahr klein zu machen..

Der nicht ungewöhnliche Versuch, die Freien Wähler gewissermaßen als Wirtspartei zu benutzen, wurde nach der Niedersachsenwahl rasch aufgegeben. Nach der Gründung als selbständige Partei stehen nun ein entscheidender Schritt bevor: Die Teilnahme an der bayrischen sowie der hessischen Landtagswahl und an der Bundestagswahl im September 2013.

Das Programm

In ihrer Selbstdarstellung liest sich das so: „Deutschland ist reif für die Alternative!
• Jedes Volk muss demokratisch über seine Währung entscheiden dürfen.
• Wir fordern eine geordnete Auflösung des aktuellen Euro-Währungsgebietes.
• Wir bejahen ein Europa souveräner Staaten mit einem gemeinsamen Binnenmarkt.
• Eine Transferunion oder gar einen zentralisierten Europastaat lehnen wir entschieden ab.
• Wir wollen Volksabstimmungen nach dem Schweizer Vorbild einführen.
• Eine Demokratie muss auch unkonventionelle Meinungen aushalten.
• Wir fordern eine drastische Vereinfachung des Steuerrechts.
• Die Schulden der Eurokrise dürfen nicht zu einer Rente nach Kassenlage führen.
• Deutschland muss kinder- und familienfreundlicher werden.
• Wir fordern bundesweit einheitliche Bildungsstandards.
• Wir fordern ein nachhaltiges Energiekonzept für bezahlbare Energie.
• Wir fordern ein Einwanderungsgesetz nach kanadischem Vorbild.“

Zum Charakter der AfD

Ein Gedankenexperiment: Nehmen wir einmal an, die AfD hätte ihre Ziele erreicht. Wir würden in einem Europa der Nationalstaaten leben, wie es vor der Euro-Einführung bestand. Deutschland wäre ein bürgerlicher Staat, der Familien, Kinder und Bildung staatlich stärker fördern würde. Er würde steuerpolitisch wie ein „guter Haushalt“ funktionieren, also sparsam und schuldenfrei. Es wäre ein nationaler Staat, der ein liberales Asylrecht hätte und eine qualitätsvolle, also Deutschland nützliche Zuwanderung. Und es wäre ein bürgerlicher Staat mit mehr Mitsprache der Bürger, der Bürgerstand, nicht Parteien und Politik, soll entscheiden.

Dies kann man nur als eine rückwärts gewandte Utopie bezeichnen. Es schwingt darin die verklärte Erinnerung an „bessere Zeiten“ mit. Nun haben Utopien stets nur den einen Zweck, nämlich Kritiken der gegenwärtigen Gesellschaft zu sein. Nie sind sie ernsthaft gemeinte Entwürfe gewesen. Das Programm der AfG ist es auch nicht. Es ist, das macht die Schlichtheit des Forderungskatalogs ganz klar, bloße Protestation (Missfallensbekundung, Protest).

Gerade die Tatsache, dass keine differenzierte Kritik der Politik vorliegt (was anders bei der Ansammlung von professoralem Personal ein Leichtes gewesen wäre), sondern die Kritik global, allge-

mein bleibt, spricht dafür, dass sich hier auch weniger konkrete Interessen und Sorgen, gar Ängste bestimmter sozialer Gruppen artikulieren. Es sind eher Ängste apokalyptischer Art, der Untergang von Vertrautem, Überschaubarem, der eigenen bürgerlichen, nationalen, staatlichen Welt und Ordnung wird sorgenvoll antizipiert, wenn der Euro und wenn Europa scheitern. Darum handelt es sich bei der AfD nicht um eine Interessenspartei, sondern um parteiförmigen politischen Expressionismus (Ausdruck).

Das bedeutet, diese Partei ist nicht angetreten, ihre Ziele durchzusetzen. Sie will ein tiefes kulturelles Unbehagen öffentlich ausdrücken und in die politische Arena tragen. Die führenden Akteure, die politischen Unternehmer dieses Projekts sind gewiss auch Wohlstandschauvinisten. Aber sie haben, dem gehobenen Bürgertum zuzuordnen, für sich selbst mit Sicherheit längst materiell vorgesorgt, Immobilien erworben, ihre Spareinlagen gesplittet und auf die Familie verteilt. In der Krise wirklich alles verlieren zu können – diese Sorge ist es nicht, die sie treibt.

Anders steht es da schon mit dem in Umfragen ausgemachten großen Potential dieser Partei. Die unzufriedene untere Mittelklasse plagt ganz reale Verlustängste, es droht immer der Absturz ohne Wiederkehr. Von den „Modernisierungsverlierern", die längst nicht einmal mehr Hoffnungen zu verlieren haben, ganz zu schweigen. Und erst damit haben wir eine möglicherweise explosive Mischung beisammen. Gelänge es der AfD, dem einen kohärenten und organisatorischen Ausdruck zu geben, was sonst unvollständige, fragmentarische Überzeugungen, Werte und Erfahrungen von Mitgliedern verschiedener sozialer Gruppen wäre, dann wäre das ein kultureller Bruch, eine Linie, entlang derer sich Protest und Widerstand gegen die herrschende Politik und deren Repräsentanten und Parteien formieren könnten.

Ein gewisses Potential dafür scheint gegeben, wirtschaftliche Verunsicherungen und kulturelle Verluste, besonders von Zusammenhalt, Sinn und Gemeinschaft, Orientierung suchen nach adäquaten und lauten Ausdrucksformen. Sie machen zugleich aber auch offen für populistische Schuldzuweisungen und einfache Lösungen. Da tummeln sich dann gern und leicht rechtsextreme Brandstifter. Eine rechtskonservative Partei ist das heute nicht. Ob sie eher seriös konservative Mitte sein wird oder nach rechts abdriftet, das wird sich rasch herausmendeln.

Chancen

Die hohe Ungewissheit über die Entwicklungen im krisengebeutelten Europa macht es schwer, über die Wahlaussichten der AfD zu urteilen. Entscheidungen der EZB können Legitimationsprobleme verschärfen, Problemzuspitzungen in Zypern, Slowenien oder anderswo, Frankreichrutscht in die Krise, können weitere Fragen aufwerfen, die Konjunktur, der Weltmarkt…Deutschlands Stabilität ist trügerisch. Die Drohung des Super-Gaus ist im politischen Raum präsent. Und die Deutung der Euro-Krise, die Frage, ob das sogen. Muddling Through (Sich Durchwursteln) die richtige Strategie für Europa ist, könnte noch zum Megathema des Wahlkampfes werden. Die dahinter liegende Frage, ob es mehr oder weniger Europa sein soll, ist es bereits durch die AfD geworden.

Käme die AfD in den Bundestag, dann ließe sich heute bereits vorhersagen, dass die Union mit ihrer traditionellen Strategie, nichts an ihrem rechten Rand zuzulassen, diese Partei vereinnahmen würde. Die AfD hätte freilich auch nur die Union als theoretische Partnerin, seit der FDP klassischer Liberalismus abhanden gekommen ist.

Und DIE LINKE?

DIE LINKE sollte die Protestation, die kulturelle Verunsicherung von Teilen der deutschen Eliten und der unteren Mittelklasse ernst nehmen. Zumindest in letzterer finden sich bislang viele Wählerinnen und Wähler der LINKEN. Sie sollte sehr deutlich machen, dass Protest nicht reicht. Aber in der Stärke wäre hinter diesen Ausdruck von Europaskepsis nicht einfach zurück zu bleiben. Und wenn konkrete Lösungen vorgeschlagen werden, dann sollten sie geeignet sein, die Verunsicherungen und Ängste auch in der linken Wählerschaft abzubauen. Dabei wäre es sicher nicht die Radikalität des AfD-Programms und dessen Kosten, die von uns zu kritisieren wären. Unser Programm ist nicht weniger radikal und expensiv. Wir sollten es populärer, als besseren „Plan B für Europa", unter die Leute bringen.

Dr. Harald Pätzolt, 22.04.2013

---

brecher geehrt. Bereits zuvor hatten Mitglieder der japanischen Regierung, darunter Finanzminister Taro Aso, den Schrein besucht und damit (nicht nur) in Südkorea für Verärgerung gesorgt, wo während der Besetzung im 2. Weltkrieg durch japanische Truppen u.a. tausende koreanische Frauen zur Zwangssprostitution in japanischen Bordellen gezwungen worden waren.

Pro NRW: „Keine Biedermänner – Brandstifter"

Das Bündnis „Bonn stellt sich quer" ruft zum gemeinsamen Protest gegen die Kundgebung der rechtsradikalen Vereinigung „Pro NRW" am 5. Mai auf dem Bad Godesberger Theaterplatz und begrüßt gleichzeitig weitere Initiativen z.B. aus den Kirchen Bad Godesbergs, die Gelegenheit zu Gespräch und Protest gegen die rassistische Hetze an weiteren Orten anbieten wollen.

Es sei jetzt wichtig, den Menschen in Godesberg von vielen Seiten zu zeigen, dass sie bei dem erneuten Provokationsversuch von Pro NRW am Jahrestag der gewalttätigen Auseinandersetzungen bei der König Fahad-Akademie nicht mit den Rechtsradikalen alleine gelassen werden. … Das Bündnis plant eine Kundgebung mit Beiträgen u.a. zum rechtsextremen Hintergrund von Pro NRW. „Das sind keine Biedermänner sondern Brandstifter", betont Co-Sprecher Mani Stenner. Deren Hetze gegen Muslime, Flüchtlinge und Minderheiten werde man die Solidarität, den Willen und die Erfahrung eines friedlichen Zusammenlebens in einer weltoffenen Stadt entgegenstellen. … Außerdem soll an die ausländerfeindlichen Anschläge und Brandstiftungen u.a. von Rostock-Lichtenhagen und Solingen vor 20 Jahren erinnert werden. Stenner: „Die sogenannte Asyldebatte damals hat gewalttätigen Hass befördert, Menschenleben gekostet und mündete politisch leider in die faktische Abschaffung des Grundrechts auf Asyl durch die Grundgesetzänderung im Bonner Bundestag am 26. Mai 1993". In Pro NRW erlebe man die Wiedergänger eines Fremdenhasses, der in Bonn keinen Platz habe. Den Ablauf der Protestaktionen hat das Bündnis Mitte der Woche mit der Bonner Polizei einvernehmlich besprochen. Bisher gebe es mit der Polizei keinerlei Differenzen. „Uns allen ist auch sehr bewusst, dass es nach den Gewalttätigkeiten vor einem Jahr sehr wichtig ist, in Bad Godesberg zu zeigen, wie friedfertiger Protest gegen Rassisten funktioniert. Wir wollen damit die Selbstverständlichkeit zurückgewinnen, dass Demokratinnen und Demokraten rechtsradikalen Auftritten gegen das friedliche Zusammenleben in einer offenen Gesellschaft ohne Ängste entgegentreten können", betont Stenner. … Der Protestaufruf des Bündnisses (siehe www.bonn-stellt-sich-quer.de) wird bereits von mehr als 20 Organisationen, z.B. gewerkschaftlichen Gruppen, dem Paritätischen, dem Internationalen Frauenzentrum, Jusos, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen, Piraten, Pax Christi und antifaschistischen Gruppen wie auch etlichen Einzelpersonen unterstützt. Mit dabei sind auch die Bundestagsabgeordneten der Linken und Grünen, Paul Schäfer und Katja Dörner, Stadt- und Bezirksverordnete sowie der in seinem Wohnort Bad Godesberg sehr geschätzte Bonner Bürgermeister Horst Naaß.

PM zum Protest gegen Pro NRW am 5.5. Bad Godesberg, 25.04.2013 ■

Staat muss aktiv auf die Opfer der Keupstraße zugehen!

Landschaftsverband Rheinland will Beratungsstelle unterstützen

Wie aus der Antwort einer Anfrage der Linksfraktion im Landschaftsverband Rheinland (LVR) hervorgeht, erbringt der LVR Leistungen nach dem Opferentschädigungsgesetz für Terroropfer aus der Keupstrasse. Von den zahlreichen Betroffenen haben 14 Personen einen Antrag gestellt. 8 Terroropfer nahmen therapeutische Hilfe in Anspruch, Zweien wird aufgrund der Schwere ihrer Verletzungen eine Rente gewährt.

Dazu erklärt Ulrike Detjen, Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion in der Landschaftsversammlung Rheinland: „Unbestritten hat sich der LVR Mühe gegeben, etwas für die Opfer zu tun. Wir befürchten aber, dass die Hälfte der unmittelbaren Opfer und ihrer Familienangehörigen das Opferentschädigungsgesetz nicht kennen oder sich nicht trauen, Leistungen zu beantragen. Deshalb finden wir es wichtig, dass sich der LVR finanziell mit 7000 Euro an einer unabhängigen Beratungsstellen für die Opfer in der Keupstrasse und der Probsteigasse beteiligen will."

So heißt es z. B. in der Antwort des LVR: „Wie viele andere Opfer glaubt dieses Opfer nicht an isolierte Taten der Zwickauer Zelle, sondern sieht die Gruppe gedeckt und gefördert ‚durch ganz andere Kreise'."

Die Kölner Linksfraktion im Rat, meint: „Es muss noch viel getan werden. DIE LINKE. im Rat der Stadt Köln setzt sich für eine Beratungsstelle speziell für diesen Personenkreis ein. Entschädigungsleistungen setzten voraus, dass die Menschen sich von sich aus melden und Vertrauen in staatliche Stellen haben. Gerade dieses Vertrauen haben viele Migrantinnen und Migranten durch das Versagen staatlicher Stellen verloren."

Der Antwort ist zu entnehmen, dass der LVR eine enge Zusammenarbeit mit dieser Beratungsstelle angeboten hat. Er schätzt: „Hierdurch wäre es möglich, bisher im OEG (Opferentschädigungsgesetz) nicht bekannte und damals nicht erfasste Opfer zu erreichen…"

Lokalberichte Köln, 26.4.2013

„NSU-Morde – blinder Staat – deutsche Zustände" stößt auf reges Interesse

Am Samstag, 13.04., hatten der Herausgeberkreis der Antifaschistischen Nachrichten und die Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW zu einer Veranstaltung in die Alte Feuerwache eingeladen. Die Antifaschistischen Nachrichten initiieren traditionell jedes Jahr im Frühling einer solche Veranstaltung.

Dieses Jahr stand der Nachmittag ganz im Zeichen des in München angesetzten NSU-Prozesses. Für das Podium konnte 2013 zum einen Petra Pau gewonnen werden, die als Abgeordnete der LINKEN Vizepräsidentin des Bundestags und Mitglied im NSU-Untersuchungsausschuss ist, und zum anderen der Kölner Rechtsanwalt Reinhard Schön, der die Opfer des Nagelbombenattentats auf der Keupstraße wegen deren Anspruchs auf Entschädigung vertritt und auch als Anwalt der Nebenklage in München mit dabei sein wird.

Der Themenkomplex NSU scheint vielen unter den Nägeln zu brennen. Das Große Forum in der Feuerwache war bis auf den letzten Platz voll, und auch nach Beginn der Veranstaltung kamen immer wieder weitere Zuhörer*innen. Vermutlich wollten sie einmal Informationen und Einschätzungen hören, denen sie – anders als den Verlautbarungen von Innenminister Friedrich – vertrauen können. Dass trotz zahlreicher parallel stattfindender Veranstaltungen wie etwa dem „Umfairteilen"-Aktionstag und nicht zuletzt der antirassistischen Demo in München, an der auch Menschen aus Köln teilnahmen, so viele Menschen den Weg in die Feuerwache fanden, ist für die Veranstalter*innen sicherlich als großer Erfolg zu werten.

Zunächst betonte Petra Pau mehrmals die konstruktive Zusammenarbeit im Untersuchungsausschuss auch über Parteigrenzen hinweg. Umso schwieriger sei jedoch der Kontakt zu den Behörden, deren Verstrickung in die NSU-Verbrechen von Tag zu Tag neue Fragen aufwirft. Oft sei es sehr schwer, an entsprechende Akten zu kommen, oder Personen zu Vernehmungen zu laden, weil diese dann „zufällig" krank oder im Urlaub seien. Wie sehr Rassismus für das vermeintliche „Versagen" von Geheimdiensten und Polizei verantwortlich seien, machte Pau an verschiedenen Beispielen mehr als deutlich. Dabei wiederholte sie auch nochmal die Forderung der LINKEN, dass der Verfassungsschutz nicht reformiert oder modernisiert gehöre, sondern aufgelöst.…

Pau zeigte sich zuversichtlich, dass der Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses einige wichtige Gedanken erhalte, und auch konkrete Vorschläge liefere, wie solche skandalösen Zustände in Zukunft zu vermeiden sein könnten, etwa im Bereich der Polizeiausbildung.

Reinhard Schön konzentrierte sich in seinem Vortrag auf die Keupstraße, brachte aber auch seine Erfahrungen von 1993 ins Spiel, als er die Hinterbliebenen des rassistischen Brandanschlags von Solingen juristisch vertrat und unterstützte. … In der abschließenden Diskussion meldeten sich zahlreiche Interessierte zu Wort. Ein anwesender Psychologe erläuterte, dass die Brandanschläge von Mölln und Solingen bei vielen in Deutschland lebenden Menschen türkischer Herkunft ein kollektives Trauma und Angst ausgelöst hätten, und dass sich damit auch die Reaktionen auf den Brand in Köln-Höhenberg Anfang April erklären ließen. Andere Diskussionsteilnehmer*innen rieten dazu, dass die linke Szene auch eigene Versäumnisse im Hinblick auf die NSU-Morde selbstkritisch reflektieren müsse. Einig waren sich alle darin, dass die Ereignisse keinesfalls ausschließlich Pannen und Versehen seien. Vielmehr hätten die rassistischen Ermittlungsmethoden und die Vertuschungen System. Beispielhaft wurde hier von einem Gast auf das Gladio-Netzwerk hingewiesen, das 1990 aufgedeckt wurde.

Zweifel äußerten viele an der offiziellen Version, nach der Mundlos und Böhnhardt Selbstmord begangen haben. Hier seien noch einige Fragen offen.

Auch sonst liefert jede inhaltliche Auseinandersetzung mit dem NSU – wie die Veranstaltung am 13. April – vermutlich mehr Fragen als Antworten. Das sollte Antifaschist*innen jedoch nicht entmutigen, sondern vielmehr motivieren, nicht lockerzulassen.

Dass der Prozess mittlerweile verschoben wurde, wusste am Samstag übrigens noch keiner der Beteiligten. Überrascht hätte es vermutlich auch niemanden.

jk, Lokalberichte Köln, 26.4.2013

Fahrdienst für Nazis?

Verfassungsschutz bietet seinen Spitzeln Rundumdienste

„Wo liegt die Grenze?“, diese Frage zum Einsatz von Nazispitzeln im Rahmen des Verfassungsschutzes dominierte die Befragungen am ersten Tag der NSU-Untersuchungsausschusssitzungen in der Woche vom 15. bis 19. April. Noch einmal ging es um die Rolle des V-Manns Carsten Szczepanski, der unter dem Decknamen „Piatto“ zwischen 1994 und 2000 für das LfV Brandenburg tätig war und der wohl zu den ekelhaftesten Nazis gehört, die ein Landesamt beschäftigt hat. Verurteilt wegen versuchten Mordes an einem Nigerianer wurde Szczepanski schnell zur besten Quelle des LfV und entsprechend vom Amt hofiert. Einer, der für diese Vorzugsbehandlung mit verantwortlich war, ist der heutige Leiter des LfV Sachsen, Gordian Meyer-Plath, der am 15. April als Zeuge im Ausschuss war. Skrupel oder gar Zweifel, ob man mit einem rassistischen Gewalttäter zusammenarbeiten dürfe, hatte Meyer-Plath damals nicht. Andere, höhergestellte Mitarbeiter, hätten diese Entscheidung getroffen, die er nicht anzuzweifeln hatte. Er habe als V-Mann-Führer die Früchte geerntet die „Piatto“ dem Amt anbot und sei nicht in der Position gewesen, die Entscheidungen seiner Vorgesetzten zu hinterfragen. Auch so lässt sich Eigenverantwortung interpretieren. 50.000 DM soll „Piatto“ in den sechs Jahren seiner Tätigkeit vom Amt kassiert haben, eine Summe die laut Meyer-Plath angesichts der Qualität der Infos mehr als angemessen gewesen sei. Das Opfer von Szczepanski, Steve Erenhi, wartete im Jahr 2000 immer noch auf die im zugesprochenen 50.000 DM Schmerzensgeld die ihm vom Gericht zugesprochen worden waren –, eben jene Summe die der Täter vom LfV bis dahin kassiert hatte.

Die detaillierten Nachfragen der Abgeordneten machten deutlich in welchem Ausmaß das Amt „seinen“ Nazi protegierte, um ihn in der rechten Szene zu halten. Mit dem Gericht wurde die Erleichterung der Post- und Telefonkontrolle vereinbart, Szczepanski wurde zum Freigänger, bekam vom LfV ein Handy und konnte gegenüber dem Amt seine Spesen abrechnen. Sogar einen Fahrdienst organisierten die Schlapphüte für „Piatto“, damit dieser seine Nazikameraden in Chemnitz besuchen konnte. Immerhin, der Spitzel brachte Informationen zum untergetauchten Trio: Waffen und Überfälle waren hier die Stichworte, die für die Ermittler entscheidend gewesen wären. Doch der Quellenschutz verhinderte, dass diese Meldungen jemals bei den Fahndern ankamen. Der Streit darum, wer das zu verantworten habe, geht zwischen Brandenburg, Sachsen und Thüringen hin und her. Unklar ist bis heute, warum „Piatto“ diese wichtigen Infos zum Thema Waffen bekam. Als V-Mann abgeschaltet wurde er im Übrigen wegen Waffenhandels.

Für die politische Bewertung war die Frage an Meyer-Plath, ob der Staat sich überhaupt mit „extremistischen Quellen“ einlassen dürfe, zentral. Seine Antwort: „Der Staat erwartet genau das.“ Sich über die Auswüchse des V-Mann-Systems und diejenigen die es umsetzen moralisch zu ereifern bleibt so lange unglaubwürdig, wie es keine Mehrheiten dafür gibt, dieses System grundsätzlich abzuschaffen. Es liegt in der Logik der geheimdienstlichen Mittel, auf Quellen wie „Piatto“ zurückzugreifen und die Dienste werden, wenn es aus ihrer Sicht die Situation erfordert, hier nie Skrupel haben. Gefordert ist ein radikaler Schnitt.

Weiße Flecken in Baden-Württemberg

Der zweite Untersuchungsausschusstag am 18. April hatte die Kontakte des Trios nach Baden-Württemberg zum Schwerpunkt. Der Mord an der Polizistin Michéle Kiesewetter in Heilbronn fand 2007 statt, doch schon seit Mitte der neunziger Jahre hatte das Trio einen regen Kontakt nach Ludwigsburg und zahlreiche Kader des Blood & Honour-Netzwerks zogen in den frühen 2000er Jahren von Sachsen nach Baden Württemberg. Aus zwei Gründen sind diese Kontakte von Bedeutung: Auf der 1998 gefundenen aber nie ausgewerteten Adressliste von Mundlos fanden sich drei Namen einen Nazi-Clique aus Ludwigsburg, mit denen Zschäpe und Mundlos seit 1995 und bis 2001 regen Kontakt hatten. Wäre die Liste ausgewertet worden und hätte man diese Kontakte überprüft, wäre man auch nach dem Abtauchen des Trios noch auf ihre Spur gekommen. Während das Trio 1998 in Chemnitz im B&H-Spektrum unterkam, gingen in den 2000er Jahren mehrere Leute aus diesem Kreis nach Baden-Württemberg. Mit Andreas G. war auch eine Person darunter, die in Baden-Württemberg mit der Naziband „Noie Werte“ spielte, eben jener Band, deren Musik das Trio den ersten beiden Vorläuferversionen der Bekenner-DVD unterlegte. Alles Zufälle? Vielleicht. Aber die Frage nach möglichen Anlaufpunkten und Helfern bei der Planung der Morde steht nach wie vor im Raum.

Der Ausschuss erhoffte sich Aufklärung zu diesen Kontakten von Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe, wurde aber von der ersten Zeugin, Frau Neumann, schwer enttäuscht. Von 1993 bis 2011 war sie im Landesamt für Verfassungsschutz im Bereich Rechtextremismus beschäftigt, konnte aber zu keiner der nachgefragten Personen und Gruppen mehr als oberflächliche Angaben machen, die meisten kannte sie nicht. Dieser schwere Fall von Amnesie machte die Mitglieder des Ausschusses ratlos, bestätigte aber das Bild, was man sich bisher von den angeblichen Verfassungsschützern machen konnte.

Ein überraschend anderes Bild gab dagegen der ehemalige Präsident des LfV Baden-Württemberg, Rannacher. Klare analytische Fehler bei der Bewertung des Rechtsterrorismus räumte Rannacher ein und bestritt nicht, dass die massive Kritik am Inlandsgeheimdienst weitgehend berechtigt sei. Jedoch sei es aus seiner Sicht zu einseitig, nur auf den Verfassungsschutz zu zeigen, denn Polizei, Justiz und auch Zivilgesellschaft hätten ebenfalls schwere Fehler gemacht. Im Gegensatz zu seiner früheren Mitarbeiterin konnte der seit acht Jahre pensionierte ehemalige Präsident sehr viel detailliertere Angaben zu den Fragen der Abgeordneten machen. Offensichtlich braucht es erst den Abstand zum Amt, um der antrainierten Verschwiegenheit gegenüber der demokratischen Öffentlichkeit zu entkommen.

Letze Zeugin des Tages war Frau Baumert vom BKA. Sie war verantwortlich für die Auswertung der so genannten Heise-Bänder, Tonbandaufnahmen, die Torsten Heise von seinen eigenen Gesprächen mit dem früheren Nazispitzel Tino Brandt im Jahr 2007 angefertigt hatte und auf denen auch vom Trio die Rede ist. Anlass der Durchsuchung des BKA bei Heise 2007 war seine Rolle im Rechts-Rock-Geschäft. Die Tonbänder blieben bis 2009 (!) unbearbeitet, dann wurde eine Zusammenfassung des Inhalts gemacht. In dieser werden u.a. Namen wie „Beate Schäfer (oder) Schädler (phon.), Uwe (oder) Udo Mundlos (phon.), Udo Böhmer (phon.)“ aufgeführt. Zusätzlich heißt es, „letztgenannte 3 Personen seien verschwunden“. Den BKA-Beamten sagten diese Namen nichts, von drei seit 1998 abgetauchten Nazis hatten sie nie etwas gehört und die Information ans Thüringer LKA zu geben hielten sie für unnötig. Immerhin hätte man so 2007 oder spätestens 2009 einen Anfasser gehabt, um das Trio noch einmal in den Blick zu nehmen. So wurden die Bänder erst im Sommer 2012 systematisch ausgewertet. Immer wenn das BKA im Fall des NSU beteiligt war, so faste es ein Abgeordneter zu fortgeschrittener Stunde und mit Blick auch auf die nicht ausgewertete Garagenliste zusammen, dann ging es schief.

Die letzten öffentlichen Sitzungen des Untersuchungsausschusses finden am 13. und 16. Mai 2013 statt.

19.04.2013, Gerd Wiegel

Soziale Bewegung von rechts

Konservative, Reaktionäre, Faschisten, Religiöse und noch einige Andere mobilisieren seit Monaten gegen die Homosexuellen-Ehe. Der Gesetzentwurf zu ihrer Einführung ist nun verabschiedet, aber die rechte Bewegung dagegen scheint noch bei weitem nicht abgeebbt

Zuerst, liebe Leser/innen, die beiden guten Nachrichten. Die erste lautet: Die amtierende sozialdemokratisch-grüne Regierung hat ein Wahlversprechen, das eine progressive Veränderung beinhaltet, eingelöst. Ein einziges – und es dürfte auch für längere Zeit das einzige auf weiter Flur bleiben. Am Dienstag, den 23. April 13 wurde in „feierlicher", namentlicher Abstimmung der Nationalversammlung in Paris jener Gesetzentwurf angenommen, gegen den sich seit Monaten die mit Abstand heftigsten Proteste seit der Wahl von Präsident François Hollande richteten.

Als neuntes Land in der Europäischen Union, und als vierzehnter Staat weltweit (zuzüglich einiger Bundesstaaten innerhalb der USA wie etwa Vermont), hat Frankreich – einige Tage nach Neuseeland – die Ehe nunmehr auch homosexuellen Paaren geöffnet. Genau wie Heterosexuelle haben auch sie nunmehr die Wahl zwischen (a.) dem Zusammenleben ohne Trauschein, (b.) einer eingetragenen Lebensgemeinschaft in Vertragsform, die 1999 unter dem Kürzel PACS eingeführt wurde, und (c.) der Möglichkeit, zu heiraten.

Für alle Anderen, außer den betroffenen gleichgeschlechtlichen Paaren, ändert sich dadurch erst einmal überhaupt nichts. Umso erstaunlicher wirkt es da auf den ersten Blick, welch massive Reaktionen die Reform hervorgerufen hat, vom Bekanntwerden der Gesetzesinitiative im Oktober 12, bis zur jüngsten Verabschiedung des Textes – und auch noch darüber hinaus. Denn für den Sonntag, 05. Mai sowie für den 26. Mai 2013 sind erneut größere Aufläufe dagegen geplant und bereits angemeldet. Im letzteren Falle auch mit massiver Unterstützung durch die stärkste Oppositionspartei, die UMP, die „Millionen" zur Teilnahme aufrief – sich jedoch intern noch heftig darüber, ob es eine Demonstration „für die Familie" oder aber „gegen die sozialistische Regierung" (welche aus Sicht mancher Rechten also solche illegitim ist) werden soll. Mit einiger Wahrscheinlichkeit beides…

Die Demonstrationen gegen die Homosexuellen-Ehe oder le mariage pour tous (die „Ehe für alle") zogen mindestens mehrere Hunderttausende Teilnehmer/innen an, ihre Veranstalter behaupten sogar: Millionen. In jedem Falle erheblich mehr als die gewerkschaftlichen und sozialen Protestdemonstrationen in derselben Zeitspanne, obwohl es für Letztere Anlässe genug gab. Erstaunlich insofern, als die Protestierenden in keinem einzigen ihrer eigenen Rechte berührt, als keine ihrer sozialen Errungenschaft angetastet und keine ihrer bestehenden Lebensformen mit einem Verbot oder Einschränkungen bedroht wird. Wie es ein früherer Schwulenpolitiker der konservativ-wirtschaftsliberalen UMP, Jean-Luc Roméro – der seine Partei aufgrund ihrer reaktionären Positionen zum Thema verlassen hat – zu Anfang der vorletzten Aprilwoche bei Radio France Inter formulierte: „Bei den Protesten gegen die Rentenreform 2010", also beim bislang letzten massiven gewerkschaftlichen Aufruhr in Frankreich, „waren die Leute in ihren persönlichen Rechten betroffen: Man verlangte von ihnen, dass sie bis zu einem höheren Alter arbeiten", oder dass sie mit wesentlich weniger Pensionsgeld in die Renten gehen. Nichts dergleichen ist bei der Reform unter dem Namen „Ehe für alle" der Fall.

Dennoch kann man durchaus von einer sozialen Bewegung sprechen, aber einer politisch klar rechts eingeordneten und in Teilbereichen religiös motivierten sozialen Bewegung. Im Wochenmagazin der KP-nahen Tageszeitung ‚L'Humanité', also in L'Humanité Dimanche, war von einem rechten „Gegenstück zum Mai 1968" die Rede.

Ein bitterer „Frühling"

Und nun die zweite gute Nachricht: Der Frühling ist endlich da. Nur leider nicht beim Wetter, denn da herrschen in Paris auch bei Abschluss dieses Artikels noch immer unsägliche frostige Temperaturen. Aber eine Organisation hat sich seit ihre Gründung, Ende März dieses Jahres, einen poetisch klingenden jahreszeitlichen Namen zugelegt.

An ihrer Spitze steht eine – nun ja – holde Dame, die eine frappierende Ähnlichkeit mit dem deutschen Komiker Otto Waalkes aufweist. Béatrice Bourges, 52, Unternehmenschefin, tritt seit dem 24. März 2013 als Sprecherin einer neu gegründeten Gruppierung unter dem Namen Le Printemps français in der Öffentlichkeit in Erscheinung. Der programmatische Titel bedeutet „Französischer Frühling", unter Anlehnung an die inzwischen längst abgenutzte Metapher vom „Arabischen Frühling", unter der einige Monate lang die antidiktatorischen Revolten in Nordafrika seit dem Winter 2010/11 bezeichnet wurden. Das Anliegen der Organisation besteht darin, gegen die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare zu kämpfen.

Nunmehr sei „auch die Zeit für das französische Volk" gekommen, die auf ihm lastende Diktatur abzuschütteln, behaupten die Protagonistinnen und Protagonisten der Vereinigung. Ihre Symbole hat die Organisation zum Gutteil bei der feindlichen Linken abgekupfert. Auf ihren Plakaten sieht man etwa geballte Fäuste, unter denen der Schriftzug On ne lâche rien! prangt – also sinngemäß: „Wir geben niemals auf". Ursprünglich lautete so der Titel eines Protestsongs, der die Sozialproteste gegen die Rentenreform 2010 untermalte und durch die von Einwandererjugendlichen gebildete Band HK & les Saltimbanks aus Lille kreiert wurde. Das einzige Erkennungsmerkmal, das den Betrachter sofort darauf hinweist, dass die Plakate in dem Falle von Rechten stammen: Die Fäuste sind in die Nationalfarben blau-weiß-rot eingefärbt, und die weiße Farbe füllt die Silhoutte eines Kindes aus, das zwischen einem blauen und einem rot gefärbten Arm aufrecht steht. Wie das Kind in einer ordentlichen Familie zwischen Mutter und Vater zu stehen hat, lautet der Subtext dazu.

Als erste Aktion, mit der er für öffentliche Aufmerksamkeit sorgte, überklebte der Printemps français unmittelbar nach der Großdemonstration gegen die Homosexuellenehe vom 24. März das Vereinslokal einer Gruppe, die für die Gleichberechtigung von Schwulen und Lesben kämpft. Ansonsten ist sie an Blockaden sowie an Versuchen, Polizeiketten zu durchbrechen und dadurch die uniformierten Beamten zu Tränengaseinsätzen zu provozieren, um Bilder von „Märtyrern" zu erzeugen, beteiligt.

„Nieder mit der sozialistischen Diktatur" wird denn auch häufig in den Demonstrationen gerufen. Allein schon die Tatsache, dass ein „widernatürlicher" Gesetzentwurf beraten werde, charakterisierte für die Einen die angebliche autoritäre Herrschaft, während Andere die Diktatur heraufziehen sahen, als die Parlamentsdebatte um einige Wochen abgekürzt wurde. Nachdem der Senat Mitte April den Gesetzentwurf angenommen hatte, wurde er bereits am 23. April statt, wie ursprünglich geplant, Mitte Mai für die letzte Lesung in die Nationalversammlung zurückgegeben, also in das parlamentarische „Unterhaus", dem das letzte Wort zufiel. Der Hauptgrund dafür war, dass die Regierung den seit Monaten währenden Dauerkonflikt um die Reform verkürzen wollte, „weil rechte Gruppen hier eine hervorragende Gelegenheit finden, für die nächsten Jahren hinaus neue Generationen von Mitgliedern zu rekrutie-

ren“, wie es ein sozialistischer Minister formulierte – unter Verweis auf frühere Schüler-, Studentinnen- und Gewerkschaftsproteste, die seiner eigenen Partei jeweils neue Generationen von Aktiven zuführten. Den geplanten Termin für die namentliche Abstimmung der Abgeordneten um drei Wochen vorzuziehen, zeichnete allerdings nicht gerade eine Schreckensherrschaft aus, zumal die parlamentarischen Kräfteverhältnisse klar waren.

Verbindung zur stärksten Oppositionspartei

Die Gründerin der Organisation, Béatrice Bourges, hat einen Mitgliedsausweis der UMP, also der stärksten französischen Oppositionspartei, die stark in der aktuellen rechten Protestbewegung. Ebenso wie der rechtsextreme Front National (FN), der jedoch im Augenblick eher das Nachsehen zu haben scheint. Dessen Chefin Marine Le Pen hat offen die UMP offen dafür angegriffen, dass sie die Demonstrationen dominiere, was nicht besonders souverän wirkte. Zumindest Teile der UMP, die ihrerseits über ihre Strategie gegenüber der Bewegung ebenso wie gegenüber der extremen Rechten zerstritten ist, setzen gleichzeitig auf die Einbindung der Neofaschisten. Der FN-Parlamentsabgeordnete Gilbert Collard wurde etwa am 21. April 13 mehrfach Schulter an Schulter mit konservativen Abgeordneten und beim Händeschütteln fotografiert.

BB und die spiegelverkehrte Brigitte Bardot

Der Konservativen Béatrice Bourges wurde im Laufe des März 2013 der bis dahin stattfindende Protest, der in seiner Mehrheit kirchlich und konservativ dominiert war, laut eigenen Worten „zu harmlos“, zu brav und zu lahm. Unter Anleitung der sich selbst als „katholische Komikerin“ bezeichnenden Gallionsfigur „Frigide Barjot“, die eine scharfe Ablehnung der Homosexuellen-Ehe mit einer von sexuellen Ausdrücken überbordenden und bisweilen obszönen Sprache verbindet und als mindestens stark extrovertiert gelten muss – Kritikerinnen sehen sie eher als psychisch gestörte Persönlichkeit -, wedelten die Demonstranten bis dahin massenhaft mit blauen und rosa Fähnchen. Diese sollten einerseits das Festhalten an einer überschaubaren und ordentlichen Geschlechterordnung symbolisieren: rosa für die Mädchen und blau für die Jungs, andererseits aber zusammen mit weißen Kleidungsstücken eine blasse Ausgabe der Trikolore- Nationalflagge ergeben.

„Barjot“, mit richtigem Namen Virginie Merle, ist die Ehefrau von Bruno de Tellenne alias „Basile de Koch“, der früher als Berater und Ghostwriter des autoritärkonservativen Innenministers Charles Pasqua (Minister von 1986-88 und von 1993-95) firmierte. Ihr Vater, Jacques Merle, war in den 1980er Jahren einer der bedeutendsten Sponsoren von Jean-Marie Le Pen. Virginie Merle-Tellenne spielte 1995 eine aktive Rolle im Präsidentschaftswahlkampf von Jacques Chirac, war aber ausweislich Archivbildern des französischen Fernsehens auch etwa bei der 1. Mai-Kundgebung von Jean-Marie Le Pen am 01.05.2007 zugegen. Die Dame, deren exzentrisches und halbverrückt wirkendes Auftreten zu ihrer Medienstrategie gehören könnte, versteht sich vor allem auf PR. Ihr wichtigstes Bemühen in den vergangenen Monaten war es, einen Teil der Demonstranten in ihrem Auftreten laut eigenen Worten zu „entspießern“ (déringardiser), ein bisschen lockerer zu machen, und Vorwürfe der Homophobie – durch Hinweise auf „meine vielen homosexuellen Freunde, die ebenfalls gegen die Homo-Ehe sind“ – abzuwehren.

Seit dem Erfolg der Demonstration vom 24. März 2013 jedoch genügt dies einem wachsenden Teil der Protestierenden nicht mehr. Parallel zum „Französischen Frühling“ entstanden die Hommen, als eine Art vorgebliches maskulines Pendant zu den barbusig protestierenden Feministinnen der Gruppe Femen, die in der Ukraine entstand und in den letzten Monaten auch in Frankreich sowie Tunesien aktiv wurde. Diese jungen Männer ketteten sich wiederholt mit nacktem Oberkörper vor öffentlichen Gebäuden fest. Mit viel Pathos und Märtyrerposten ließen sie sich von Polizisten abtransportieren.

Andere Akteure griffen zu härteren Mitteln: Parlamentspräsident Claude Bartolone erhielt Munition per Brief als Drohung zugestellt. In Paris, Lille und Nizza wurden Homosexuelle in den letzten zwei Wochen tätlich angegriffen, im nordfranzösischen Lille etwa in Form des Angriffs auf eine Schwulenbar durch Skinheads. Noch am Abend des Dienstag, 23. April 2013, also nach der definitiven Verabschiedung des Gesetzestextes, wurden am Rande einer nächtlichen Protestdemonstration Polizisten attackiert und Journalisten sowie Fotographen zusammengeschlagen. Als „Kollaborateure“ der vorgeblichen sozialistischen Diktatur, wie aufgeheizte Randalierer aus rechtsradikalen Gruppen wie dem katholisch-nationalistischen Renouveau français dazu riefen.

Rechte Aktivistengruppen

Eine Reihe von explizit rechtsextremen Aktivistengruppen waren in der rechten

Unterdessen in Paris: Marine Le Pen trifft Geert Wilders

Die Chefin des Front National ist nicht nur mit homophoben „Moral“aposteln und Reaktionären im Kontakt. Denn es gibt innerhalb der europäischen extremen Rechten auch noch Strömungen, die einen anderen Zugang zu der Thematik haben. Insbesondere die niederländische extreme Rechte beschritt in diesem Sinne neue Wege, erst unter Pim Fortuyn (getötet am 06. Mai 2002), dann unter seinem politischen Erblassverwalter Geert Wilders, dem Chef der „Partei der Freiheit“ PVV. In ihrer Argumentation sind Homosexuellen- oder Frauenrechte und andere emanzipative Errungenschaften nicht grundsätzlich von Übel, wie etwa in den Augen der rechtskatholischen Reaktionäre oder Fundamentalisten. Vielmehr gilt es dieselben als angebliche „abendländische Errungenschaften“ gegen die behauptete Bedrohung durch finstere Muslime, welche wiederum mit der puren Anwesenheit von Einwanderern aus mehrheitlich muslimischen Ländern assoziiert wird, zu verteidigen.

Noch während die rechte homophobe Protestbewegung in ihrer Hochphase war, traf Marine Le Pen am Montag, den 22. April 13 in Paris mit Geert Wilders zusammen. Dies wurde erst am Freitag, den 26. April durch die französische Nachrichtenagentur AFP der Öffentlichkeit bekannt, nachdem die Chefin des Front National am Vortag bei einer Pressekonferenz kurz darauf eingegangen war. Am darauf folgenden Tag, dem Freitag selbst, hatte Marine Le Pen „Beauftragter für Europapolitik“, Ludovic de Danne, der Agentur AFP zusätzliche Informationen darüber erteilt.

Die beiden Parteichefs erörterten demnach „die Europaparlamentswahlen 2014 und ihren gemeinsamen Kampf gegen die Europäische Union“ (in ihrer jetzigen Form), wie aus diesem Anlass verlautbarte. Ludovic de Danne präzisierte jedoch, es sei nicht an eine gemeinsame Liste oder ein gemeinsames Programm bei den EP-Wahlen gedacht.

Marine Le Pen erklärte dazu bei ihrer Pressekonferenz am Donnerstag: „Vor drei Tagen hatte ich Gelegenheit, (mit) Herrn Wilder (zusammen)zutreffen, obwohl er ein politischer Anführer ist, der bislang eher nicht die Angewohnheit hatte, mit anderen europäischen Bewegungen Kontakte zu knüpfen.“ Diese verklausulierte Formulierung drückt die bisherige Weigerung Geert Wilders‘ aus, mit eher aus unmittelbar faschistischer Tradition stammenden Parteien in Europa zusammenzuarbeiten – während er selbst vor der Gründung seiner Partei PVV (2006) bis im Jahr 2004 einer wirtschaftsliberalen Partei angehörte. Laut Marine Le Pen brachte Wilders jedoch „den Wunsch“ zum Ausdruck, „im Rahmen einer vertieften Zusammenarbeit die Beziehungen zwischen unseren beiden Bewegungen zu vertiefen“.

Anschlag auf Bayerischen Flüchtlingsrat nach Demo gegen Naziterror.

Am 13.4. nachts haben sich mutmaßlich Neonazis für die erfolgreiche antifaschistische Demonstration gerächt: Das Schaufenster des Bayerischen Flüchtlingsrats wurde eingeschlagen

Nach der gestrigen Großdemonstration in München mit 10 000 TeilnehmerInnen „gegen Naziterror, staatlichen und alltäglichen Rassismus“ wollten sich (mutmaßlich) Neonazis noch abreagieren. Sie schlugen das Schaufenster der Geschäftsstelle des Bayerischen Flüchtlingsrats ein – genau an der Stelle, an der das Plakat mit dem Aufruf zur Demo gegen Naziterror angebracht war.

Die Bedrohungen gegen den Flüchtlingsrat nehmen zu. Bereits am Samstag vor einer Woche wurden tagsüber während des Arbeitsbetriebs Plakate in den Schaufenstern mit neonazistischer Propaganda überklebt. „Der Anschlag zeigt auf bittere Weise, wie akut notwendig unser Engagement gegen Naziterror auch in Bayern ist. Wir sind empört über diesen Angriff auf unsere Geschäftsstelle. Selbst kurz vor dem NSU-Prozess trauen sich Neonazis in München offen zu agieren. Wir werdenuns durch solche feigen Anschläge nicht einschüchtern lassen, sie bestätigen nur die Wichtigkeit unserer Arbeit“, erklärt Alexander Thal, Sprecher des Bayerischen Flüchtlingsrats.

Quelle: http://www.fluechtlingsrat-bayern.de/beitrag/items/anschlag-auf-bayerischen-fluechtlingsrat-nach-demo-gegen-naziterror.html 14.04.2013 ■

Brandenburg überarbeitet ‚Residenzpflicht‘-Erlass

Seit Januar 2012 liegt eine Evaluierung der ‚Lockerungen‘ der räumlichen Aufenthaltsbeschränkung in Brandenburg vor. Immer wieder wurden die Ausschlussgründe in diesem Erlass kritisiert. Am vergangenen Donnerstag, 15 Monate nach der Evaluierung, wurde eine Neufassung des Erlasses veröffentlicht. Ergebnis: Alle Ausschlussgründe – Verurteilung wegen Straftaten, Besitz auch geringer Mengen von Drogen, Verdacht verfassungsfeindlicher Bestrebungen und vor allem der Verstoß gegen Mitwirkungspflichten – bleiben erhalten. Einzig für den Ausschlussgrund Straftaten gilt fortan eine Mindeststrafmaß von 50 Tagessätzen. Die Landesregierung halte aber am Ziel einer „vollständige[n] Streichung der Residenzpflicht“ fest, so Innenminister Woidke. Und am Ausschluss einer großen Zahl von Betroffenen von den ‚Lockerungen‘, nunmehr mit einer „einheitlicheren Rechtsanwendung“.

Die wesentliche Änderung betrifft die Antragsprozedur für eine Dauerverlassenserlaubnis nach Berlin. Bislang mussten Asylsuchende und Geduldete beson-

---

Protestbewegung aktiv, und die meisten von ihnen unterstützen seit deren Entstehung Ende März 2013 die neu gegründete Bewegung Le Printemps français als neue Avantgardeorganisation.

Dazu zählen auch der GUD (Groupe Union-Défense), eine studentische Schlägertruppe mit geringerem inhaltlichem Niveau, dessen Ableger im ostfranzösischen Nancy mitteln Aufklebern explizit dazu aufforderte, Schwule zu verprügeln. Die vor allem im Raum Lyon verankerten Jeunesses Nationalistes (JN) ihrerseits sind eine neonazistische Gruppe, die im vergangenen Jahr durch den 22jährigen Alexander Gabriac gegründet wurde. Er war 2010 als jüngster Regionalparlamentsabgeordneter in ganz Frankreich gewählt worden, wurde jedoch durch seine Partei – den Front National – ausgeschlossen, nachdem bei Facebook Fotos von ihm mit Hitlergruß publiziert worden waren. Seitdem versucht diese Gruppe vor allem, ein möglichst starkes Medienecho zu erzielen und Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Die JN versuchten am 17. April 13, das Büro der Sozialdemokratischen Partei in Lyon zu besetzen, als vorgeblichen Protest gegen die Homo-Ehe. Deswegen und wegen mehrerer Gewalttaten wurden Führungsmitglieder der JN verhaftet, dabei wurden am Körper von Gabriac Mikrophone des Fernsehsenders Canal + gefunden. Von Seiten rivalisierender Gruppen werden deswegen die JN, deren Wahrnehmung in den Medien tatsächlich erheblich über ihre reale Bedeutung hinausgeht, als Provokateurstruppe „im Auftrag der Medien“ abgetan.

Das Verhältnis zu organisierten Rechtsextremen spaltete die Organisatoren der Großdemonstrationen gegen die „Ehe für Alle“ wiederholt, etwa das Kollektiv „Demo für Alle“, das die Aufmärsche jeweils anmeldete. Frigide Barjot, seine Sprecherin, kündigte noch am 12. April 2013 an: „Präsident François Hollande will Blut sehen, und er wird Blut bekommen!“, während die rechtskatholische Politikerin Christine Boutin von einem heraufziehen „Bürgerkrieg“ faselte. Doch die strafrechtlich relevanten Aktionen organisierter rechtsextremer Kerngruppen – von Morddrohungen gegen Abgeordnete bis zu Attacken auf Polizisten, für die erstmals am 25. April ein Teilnehmer zu vier Monaten Haft auf Bewährung verurteilt wurde – sorgten dafür, dass Barjot kurz darauf das Ruder herumwarf. Auch die heftige Kritik, die sie von ihrem Schwager, dem prominenten Fernsehjournalisten „Karl Zéro“ einstecken musste, trug dazu bei. Am 14. April forderte Barjot daraufhin den sozialdemokratischen Innenminister Manuel Valls dazu auf, die Polizei möge den Veranstaltern Gruppen wie die Neonazis und die „Identitären“ – der Bloc identitaire mischte seit Januar dieses Jahres bei den Protesten gegen die Homosexuellenehe aktiv mit – vom Hals halten und Straftäter verhaften. Seitdem wird die 50jährige, deren selbstgewähltes Pseudonym so viel wie „Fridige Bescheuert“ bedeutet (unter Anlehnung an den Namen des Admirals Barjot, der infolge seiner irren Befehle im Suezkrieg vom Oktober/November 1956 durch Soldaten der französischen Marine zur Personifizierung von „Bescheuertsein“ erhoben wurde), in rechten Blogs als Verräterin behandelt.

Kommunalwahl 2014 im Visier

Auch Marine Le Pen und andere Führungsmitglieder des FN griffen die Veranstaltergruppe der Demonstrationen um „Frigide Barjot“ inzwischen an. Allerdings aus anderen Gründen, nämlich weil sie befürchten, dass letztendlich vielleicht eher die UMP als ihre eigene Partei die politische Ernte des monatelangen Konflikts einfährt.

Allerdings ist auch der FN derzeit eher im Aufwind; eine Umfrage des IFOP-Instituts von Mitte April 13 („Wie würden Sie stimmen, falls an diesem Sonntag Präsidentschaftswahlen wären?“) wies für den ersten Durchgang einer hypothetischen Präsidentschaftswahl 30 Prozent Wahlabsichten für Nicole Sarkozy und 22 Prozent für Marine Le Pen aus. Im April 2012 hatte Le Pen noch 18 Prozent der Stimmen im ersten Wahlgang erhalten. Nunmehr läge Marine Le Pen, jedenfalls der zitierten Umfrage zufolge, mit François Hollande gleichauf, und es wäre unklar, welche/r von beiden in die Stichwahl einziehen könnte. Leichten Schaden zufügen könnte dem FN im Augenblick jedoch die Nachricht, die durch einige Presseorgane, wonach Alex Loustau – also der oberste „Sicherheits“beauftragte für die diesjährige 1. Mai-Demonstration des Front National – dabei fotografiert wurde, wie er eine aktive Rolle bei den Ausschreitungen gegen Polizisten am Abend des 23. April spielte.

Beide Parteien (UMP und FN) lauern jetzt darauf, profilierte Protagonisten der Demonstrationen als Kandidaten für die Kommunalwahlen zu gewinnen, die im März 2014 in ganz Frankreich stattfinden. Frigide Barjot kündigte unterdessen ihrerseits an, Bewerber oder Listen unter dem Label „Demo für Alle“ antreten zu lassen, und liebäugelt mit einer eigenen Kandidatur.

Bernard Schmid, Paris ■

dere Anträge für die Erweiterung des Aufenthaltsbereichs auf Berlin stellen. Nunmehr wird ohne Antrag in die Papiere gestempelt: „Der Aufenthalt wird beschränkt auf: Länder Berlin und Brandenburg."

Quelle: http://www.residenzpflicht.info 22. April 2013 ■

Nach rechtswidriger Abschiebung Lebensgefahr

Nur noch ein laufendes Gnadengesuch kann den Vollzug der Todesstrafe verhindern. PRO ASYL hat an die Bundesregierung appelliert, noch einmal alle diplomatischen Bemühungen zu ergreifen, um das Leben von Singh Bhullar zu retten.

Nach seiner rechtswidrigen Abschiebung aus Deutschland und 18 Jahren Haft droht Davinder Pal Singh Bhullar die Hinrichtung. Ende 1994 suchte Professor Davinder Pal Singh Bhullar in Deutschland Asyl, wurde im Flughafenverfahren abgelehnt und nach Indien zurückgeschoben. Er wurde unmittelbar nach seiner Ankunft in New Delhi inhaftiert. Zwei Jahre später erkannte das zuständige Verwaltungsgericht in Frankfurt die Abschiebung als fehlerhaft an – zu spät.

Mehr als 18 Jahre Haft

Davinder Pal Singh befindet sich bereits seit über 18 Jahren in Haft. Am Freitag, den 12. April 2013, wurde in letzter Instanz ein Todesurteil bestätigt. Jetzt hängt sein Leben am seidenen Faden. Nur ein am vergangenen Montag bei der indischen Regierung eingereichtes Gnadengesuch kann den Vollzug der Todesstrafe noch abwenden. Nach Kenntnis von PRO ASYL ist dies der erste Fall, in dem ein Flüchtling, der wegen einer fehlerhaften Asylentscheidung von Deutschland zurückgewiesen wurde, zum Tode verurteilt worden ist.

Strukturelle Mängel des Flughafenverfahrens

Auf dramatische Weise zeigt der Fall die strukturellen Mängel des bundesdeutschen Flughafenverfahrens. Entscheidungen über Leben und Tod können nicht in Schnellverfahren unter haftähnlichen Bedingungen gefällt werden. Unter der Adresse
http://ua.amnesty.ch/urgent-actions/2013/04/091-13 kann das Gnadengesuch unterstützt werden.

http://www.proasyl.de 17.04.2013 ■

„Kein Mensch ist illegal" 8. Mai 1945 – 8. Mai 2013

In einer Mitteilung des Bündnisses für Demokratie / Netzwerk gegen Rechts – LüneburgerInnen gegen Nazis kündigt das Bündnis eine öffentliche Veranstaltung auf dem Rathausmarkt in Lüneburg an.

Der Aufruftext lautet:

„Bis zum Mai 1945 fanden Hunderttausende Menschen aus Deutschland und Europa, die vor dem Faschismus flüchteten, einen lebensrettenden Aufenthalt in anderen Ländern. Vielen von ihnen wurden diese zu einer neuen Heimat. Dagegen verringert sich heute die Zahl der in Deutschland aufgenommenen Flüchtlinge aufgrund der herrschenden Gesetzeslage in Europa drastisch. Sie sind offenbar nicht willkommen. Sie werden allein gelassen, verstricken sich in den Wirren der Bürokratie, sie werden auch wieder zurückgeschickt. Insbesondere Neuankömmlinge werden „bestraft", indem sie in Sammelunterkünften zusammengepfercht werden – oft fern von Infrastruktur und Gemeinwesen, sie eine Residenzpflicht einhalten müssen, sie langen Verfahren ausgesetzt werden, sie keine Beratung erhalten, ihre medizinische Versorgung kaum gewährleistet ist, ihnen Rechte vorenthalten werden usw.

Das Netzwerk gegen Rechts will unter besonderer Berücksichtigung der lokalen Situation in Lüneburg an dieses „Missverhältnis" erinnern. Am Mittwoch, den 8. Mai 2013 von 17.00 bis 19.00 Uhr findet auf dem Marktplatz in Lüneburg eine Veranstaltung statt, auf der betroffene Menschen ihre Lage erläutern, engagierte Menschen Informationen geben und das Ganze von Musik der Gruppe „Barbara" begleitet wird. Wir sind der Meinung, dass mit einem bisschen guten Willen, nicht zuletzt der politisch Verantwortlichen, viele der Probleme, mit denen Flüchtlinge hier konfrontiert werden, gelöst werden können."

Quelle: Aufruf Bündnis für Demokratie / Netzwerk gegen Rechts – LüneburgerInnen gegen Nazis 24.04.2013 ■

Wochen gegen Rassismus erfolgreich abgeschlossen

Knapp 1400 Veranstaltungen fanden im Rahmen der diesjährigen Wochen gegen Rassismus statt, die vom 11. bis 24. März durchgeführt wurden. Gestartet waren die Wochen gegen Rassismus mit einer bundesweiten Auftaktveranstaltung in der Staatskanzlei des Landes

Im Mittelpunkt der Veranstaltung unter der Schirmherrschaft der rheinland-pfälzischen Ministerpräsidentin Malu Dreyer stand eine Gesprächsrunde zum Thema Rassismus in Deutschland, an der Vertreterinnen und Vertreter von Gruppierungen, die von Rassismus und Diskriminierung betroffen sind, teilnahmen.

Die Zusammenarbeit staatlicher Stellen und zivilgesellschaftlicher Organisationen ist – so Torsten Jäger vom Interkulturellen Rat – eine relativ neue Entwicklung. Die Wochen gegen Rassismus werden vom Interkulturellen Rat koordiniert.

Beteiligt waren auch in diesem Jahr mehr als 70 bundesweite Organisationen und Einrichtungen als Kooperationspartner, Unterstützer und Sponsoren. Zu den Unterstützern aus dem gewerkschaftlichen Bereich zählen neben dem DGB, der IG BCE und der IG Metall auch der Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!" Aus dem zivilgesellschaftlichen Bereich unterstützt unter anderem die Robert-Bosch-Stiftung die Wochen gegen Rassismus.

Anlass für die vielfältigen Aktivitäten ist der UN Tag gegen Rassismus am 21. März. Dieser geht zurück auf den 21. März 1960. Damals wurden im südafrikanischen Sharpville bei einer Demonstration gegen das Apartheidregime 69 Menschen von der Polizei erschossen, darunter acht Frauen und zehn Kinder. Sechs Jahre später wurde der 21. März von den Vereinten Nationen zum „Tag zur Überwindung rassistischer Diskriminierung" – kurz UN Tag gegen Rassismus – ausgerufen. 1979 wurde daraus die UN-Woche gegen Rassismus. In Deutschland wurde der Aktionszeitraum wegen der vielen Aktivitäten seit 2008 auf zwei Wochen ausgeweitet.

Rheinland-Pfalz/Mainz, 11. März 2013. Publikation „Aktiv + Gleichberechtigt April 2013" ■

Asylbewerber bekommen weiter ihr Taschengeld

Der Bayerische Flüchtlingsrat fühlt sich als Sieger im wochenlangen Streit mit dem Sozialministerium um Taschengeldkürzungen bei Asylbewerbern.

Am Dienstag präsentierte der Rat ein Schreiben des Ministeriums vom 27. März, das den nachgeordneten Behörden eine Abkehr von der bisherigen Praxis nahelegt.

Nach einem unanfechtbaren Beschluss des bayerischen Landessozialgerichts vom 24. Januar dieses Jahres dürfen die Ämter Flüchtlingen das soziokulturelle Existenzminimum weder streichen noch kürzen. Konkret geht es um 137 Euro im Monat. Die bayerischen Behörden orientierten sich bisher an einem gegenteiligen Beschluss des Thüringer Landessozialgerichts, das Kürzungen bis zu 30 Prozent für zulässig hält. Wäre es bei der bayerischen Sanktionspraxis geblieben, hätte jeder einzelne Flüchtling einen Rechtsstreit um sein Taschengeld führen müssen.

Keine verbindliche Weisung

Nach Auskunft des Bayerischen Flüchtlingsrats zeigt das Schreiben des Sozialministeriums bereits Wirkung. „Die Sozialämter ziehen ihre Sanktionen zurück", sagte Rechtsanwalt Alexander Thal der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA). Auch wenn es sich nicht um eine verbindliche Weisung handelt, geht Thal nach eigenen Worten von einer landesweiten Umsetzung aus. Allerdings sei die juristische Auseinandersetzung in der Hauptsache noch nicht entschieden.

Klage einer Chinesin ist die Grundlage

Dem Spruch des Landessozialgerichts liegt die Beschwerde einer Chinesin aus einer Regensburger Flüchtlingsunterkunft zugrunde. Ihr war wegen falscher Angaben zu ihrer Identität im November 2011 das Taschengeld um 25 Prozent gekürzt worden. Unter Berufung auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom vergangenen Sommer erhob sie dagegen im August Widerspruch und erhielt Recht beim Regensburger Sozialgericht. Gegen eine entsprechende Weisung des Sozialgerichts wehrte sich die Stadt bei der nächsten Instanz und unterlag.

Quelle: http://www.fluechtlingsrat-bayern.de 16.04.2013 ■

Protest gegen Abschiebungen am Baden-Airpark

Am 24. April fand die erste Sammelabschiebung nach Serbien und Mazedonien vom Flughafen Karlsruhe Baden-Baden nach dem sog. baden-württembergischen Winter-Abschiebestopp statt. Vom Regierungspräsidium Karlsruhe war die Abschiebung von 60 Personen u.a. Familien mit Kindern aus Baden-Württemberg angekündigt worden. Das Flugzeug wurde von Air Bulgaria zur Verfügung gestellt.

Im Hof des alten Terminals standen zwei große Reisebusse mit etwa 120 Personen, darunter zahlreiche Kleinkinder, aus Ost-Holstein. Zuvor erreichten einige Kleintransporter u.a. mit einer siebenköpfigen Familie aus Hessen, den von einem großen Polizeiaufgebot bewachten Abschiebeterminal.

Dem Aufruf des regionalen Bündnisses gegen Abschiebungen BaWü folgten mehr als 50 Personen aus verschiedenen Städten, die ab 7.00 Uhr morgens lautstark gegen die Abschiebung protestierten. Der Zaun des Terminals wurde mit Transparenten behängt. Es gab Sprechchöre wie z.B. „Abschiebung Stopp!“ Eigenständige Kinderrechte wurden eingefordert. Im Hauptterminal fand eine Kundgebung für die Fluggäste statt.

Es war möglich mit den Betroffenen über den Zaun hinweg in Kontakt zu treten. Dadurch erfuhren die Menschenrechtsaktivist_innen, dass die zwei Reisebusse aus dem 800 Kmt entfernten Neumünster kamen und mehr als 9 Stunden mit Kleinkindern unterwegs waren. Eine Familie mit fünf Kindern aus Mazedonien berichtete über ihre erzwungene „freiwillige“ Ausreise. Sie wurden vor die Alternative gestellt, entweder „freiwillig“ auszureisen oder mit polizeilichem Zwang, was u.a. ein fünfjähriges Einreiseverbot zur Folge hätte. Des weiteren erzählten sie, dass sie in Mazedonien keine Unterkunft haben, die Kinder nicht in die Schule gehen können und es keine Gesundheitsversorgung gibt. Ein Jugendlicher aus Südserbien betonte, dass Roma dort diskriminiert werden.

Wir protestieren entschieden gegen diese bundesweite Abschiebeaktion, durchgeführt unter Amtshilfe der Grün-Roten-Landesregierung Baden-Württembergs!

Pressemitteilung Regionales Bündnis gegen Abschiebungen Baden-Württemberg

Quelle: news@alle-bleiben.info 24.04.2013 ■

AWO – Rassismus-Rüge der UN berechtigt

Als „absolut beschämend, aber komplett berechtigt“, empfindet es AWO Vorstandsmitglied Brigitte Döcker, dass es der Vereinten Nationen bedarf, um deutsche Gerichte auf ihr Versagen bzgl der rassistischen Äußerungen Thilo Sarrazins hinzuweisen.

Entgegen offizieller juristischer Auffassungen in Deutschland kam der Anti-Rassismus-Ausschuss der Vereinten Nationen zu dem Schluss, dass Sarrazin rassistische Theorien verbreitete und die Bundesrepublik ihrer Verpflichtung, die Bevölkerung vor öffentlicher rassistischer Agitation zu schützen, nicht in ausreichendem Maße nachkam. „Wir sind sehr auf die Reaktion der Bundesregierung gespannt“, kommentiert Döcker, dass die Bundesrepublik nun den Vereinten Nationen innerhalb von 90 Tagen Bericht erstatten muss.

In seinem Urteil verdeutlicht der UN-Ausschuss, dass die öffentlichen Aussagen Sarrazins rassistisch waren und nach der Anti-Rassismus-Konvention der Vereinten Nationen, die Deutschland ratifiziert hat, hätten sanktioniert werden müssten. „Es reicht nicht aus, Rassismus nur auf dem Papier zu bekämpfen. Wir brauchen tatkräftiges Engagement“, fordert Döcker. Die Entscheidung der Vereinten Nationen verdeutliche, dass Rassismus nicht als bloße Meinungsäußerung abgetan werden dürfe, sondern als Straftatbestand zu bewerten sei.

Hintergrund waren Äußerungen des damaligen Vorstandsmitglieds der Deutschen Bundesbank, Thilo Sarrazin, in einem Interview mit der Zeitschrift „Lettre International“ im Herbst 2009. Sarrazin hatte sich darin verächtlich und herabwürdigend über Menschen insbesondere mit türkischem und arabischem Migrationshintergrund geäußert.

Nach Erscheinen des Interviews hatte der Türkische Bund Berlin-Brandenburg (TBB) Strafanzeige wegen Volksverhetzung (§ 130 Strafgesetzbuch) und Beleidigung (§ 185 Strafgesetzbuch) gestellt. Das Ermittlungsverfahren gegen Sarrazin wurde jedoch von der Berliner Staatsanwaltschaft eingestellt, auch der Widerspruch blieb erfolglos. Daraufhin hatte der TBB eine Beschwerde beim UN-Antirassismus-Ausschuss eingereicht.

Im Hinblick auf den bald beginnenden NSU-Prozess erklärt Döcker: „Vielen deutschen Institutionen fehlt nach wie vor die nötige Sensibilität im Umgang mit Rassismus. Dazu gehört auch, alle Möglichkeiten des Strafrechts auszuschöpfen.“

Quelle: http://www.awo.org 19.04.2013 ■

Rechtsextremismus in Fußball und Gesellschaft

Im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus veranstalteten die Koordinierungsstelle Fanprojekte bei der Deutschen Sportjugend (KOS) gemeinsam mit dem Interkulturellen Rat am 12. März in Frankfurt die Fachtagung „Niemals weg oder wieder da? – Rechtsextremismus als Thema zwischen Fußball und Gesellschaft“.

Verschiedene Vorfälle in den letzten Monaten lassen vermuten, dass rechte Hooligangruppen in den Stadien wieder verstärkt auftreten.

Auch deshalb hat die KOS das Thema Rechtsextremismus stärker in den Blick genommen. „Uns liegt jedoch sehr daran, den Fußball nicht als abgeschlossenes Feld zu betrachten, sondern hier auch aktuelle gesellschaftspolitische Tendenzen mit einzubeziehen“ – so Gerd Wagner von der KOS. Deshalb wurden zu der Tagung neben Vertreterinnen und Vertretern aus Fanarbeit und Fußball auch „fußballferne“ Fachleute eingeladen. Diskutiert wurde sowohl über spezifische Hintergründe zu Konflikten in den Stadien, als auch über Parallelen zu allgemeinen gesellschaftlichen Tendenzen.

Der politische „Kampf um den öffentlichen Raum“, wie Torsten Jäger vom Interkulturellen Rat es formulierte, findet nicht nur im Stadion, sondern auch an anderen Orten statt, in Schulen und Gewerkschaften, auf Konzerten und in Innenstädten. Manche Argumentationsmuster aus den Fan- und Vereinsdebatten um Rassismus und Diskriminierung im Fußball tauchen auch an anderen gesellschaftlichen Orten auf, etwa das Schlagwort „Politik gehört nicht hierher“ oder die Gleichsetzung von Linksextremismus und Rechtsextremismus. …

„Uns war mit der Veranstaltung wichtig, überunseren eigenen Tellerrand hinwegzuschauen und die aktuellen Vorfälle nicht ausschließlich aus dem Blickwinkel des Fußballs zu betrachten. Rassismus und Rechtsextremismus im Fußballumfeld wie in der Gesellschaft bleiben immer eine latente Gefahr. Nur durch kontinuierlichen Erfahrungsaustausch, Wissens- und Praxistransfer können wir langfristig Strategien entwickeln, um durch präventive Maßnahmen Rassismus erfolgreich zu begegnen“, zog Gerd Wagner ein positives Fazit.

Quelle: Publikation „Aktiv + Gleichberechtigt April 2013“ ■

Niederschmetterndes Ergebnis in Diskotheken zu Rassismus

München. Auf Antrag des Ausschusses für Ausländer- und Zuwanderungsrecht mit Rassismus, Diskriminierung und Flüchtlingspolitik (A4) des Ausländerbeirates München, hat das Gremium am Freitag, den 19.04.2013 und Samstag, den 20.04.2013 eine Testaktion in den Münchner Nachtclubs und Diskotheken durchgeführt.

Sechs Mitglieder und UnterstützerInnen unterschiedlicher Herkunft sowie die Journalistin Isabelle Hartmann vom Bayerischen Rundfunk starteten in der Nacht von Freitag auf Samstag Stichproben für den Zugang zu insgesamt 25 Münchner Clubs und Diskotheken und beendeten dieses Projekt in der Nacht von Samstag auf Sonntag – mit einem niederschmetternden Ergebnis.

Von den insgesamt 25 besuchten Clubs und Diskotheken wurde den Aktionsteilnehmern afrikanischer und türkischer Herkunft nur in fünf Lokalitäten – teilweise nach Diskussionen mit dem Personal – der Einlass gewährt, während die Vergleichspersonen deutscher Herkunft ausnahmslos in jeden Club eingelassen wurden!

Es ist bemerkenswert, dass die Begründungen für die Einlassverweigerung in allen Clubs ähnlich ausgefallen sind: „Geschlossene Gesellschaft, nur für Studenten, nur für Mitglieder oder Stammgäste oder gar – nur mit Reservierung“!

Es entsteht der Eindruck, dass die Türsteher angehalten sind zu lügen, nur um die Vorgaben der Clubbesitzer durchzusetzen. Die Aktionsteilnehmer haben leider in der Mehrzahl der Clubs und Diskotheken rassistisch motivierte und diskriminierende Einlassverwehrungen festgestellt und überwiegend sogar am eigenen Leib erfahren. „Angesichts des alltäglichen und institutionellen Rassismus, welches ein in Deutschland wie auch in anderen europäischen Ländern zu bewältigendes Problem ist, war mir schon klar, dass wir in einigen Clubs keinen Einlass bekommen werden. Dass es so viele sein werden, hätte ich nicht gedacht! Dies bestätigt wieder die Legalisierung des Rassismus mit der Begründung des sog. Hausrechts der Clubinhaber, in dem das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) außer acht gelassen wird“ so Hamado Dipama vom Ausländerbeirat München.

Die Vorsitzende des Ausländerbeirates München, Frau Nükhet Kivran und die Sprecherin des Ausschusses für Diskriminierung (A4), Frau Theodora Sismani, sind bestürzt und appellieren an die verantwortlichen Clubbetreiber sowie die Landeshauptstadt München, entsprechende Maßnahmen einzuleiten, um dieses Problem der rassistischen Ausgrenzung zu bewältigen.

Quelle: PM Ausländerbeirates der Landeshauptstadt München 22.04.2013 ■

Aufenthaltsrecht: Wichtige Themen bleiben außen vor

Gesetzentwurf zur Verbesserung der Rechte international Schutzberechtigter

Heute fand im Innenausschuss des Bundestages eine Anhörung zur Änderung des Aufenthaltsrechts statt. Damit sollen verschiedene EU-Richtlinien umgesetzt werden, die auch Flüchtlinge betreffen. Das Gesetzespaket ist ein Sammelsurium von verschiedensten Änderungen. Jedoch werden wichtige Themen ausgespart – wie etwa eine neue Bleiberechtsregelung.

Aufgrund des EU-Rechts sollen Flüchtlinge künftig das EU-Daueraufenthaltsrecht erhalten können. Flüchtlingsorganisationen hatten sich lange dafür eingesetzt, dass anerkannte Flüchtlinge genauso wie andere, die dauerhaft in der EU leben, einen solchen Titel bekommen. Dieser berechtigt dazu, sich nach fünf Jahren Aufenthalt überall in der EU niederzulassen. Allerdings sieht das EU-Recht recht hohe Hürden für den Erhalt des Titels vor, insbesondere feste und regelmäßige Einkünfte, die den Lebensunterhalt sichern. Diese Voraussetzungen sind für Flüchtlinge oftmals schwer zu erfüllen. PRO ASYL setzt sich deswegen dafür ein, dass Flüchtlinge bereits nach ihrer Anerkennung ohne weitere Voraussetzungen Freizügigkeit innerhalb der EU genießen. Dies würde die durch das Dublin-System verursachten Probleme abmildern, wenn wenigstens anerkannte Flüchtlinge nicht mehr gezwungen wären, in einem Mitgliedstaat zu bleiben, in dem sie sozial nicht integriert werden können und teilweise von Obdachlosigkeit und gravierender Verelendung betroffen sind.

Weitere Änderungen durch den heute debattierten Gesetzentwurf wären: der leichtere Arbeitsmarktzugang für die Familienangehörigen von hier lebenden Migranten, eine Angleichung des für eine Niederlassungserlaubnis erforderlichen Sprachniveaus (A1) an das für die Erteilung eines unbefristeten Aufenthaltsrechts im Übrigen geltende Sprachniveau (B1). Zudem soll der Kindernachzug zu nur einem Elternteil bei gemeinsamer Personensorge neu geregelt werden, wenn der andere Elternteil dem Nachzug des Kindes zustimmt.

Zwar umfasst das Gesetzesvorhaben viele Einzelbereiche des Migrationsrechts, jedoch hat die Bundesregierung es versäumt, einen Vorstoß für eine neue Bleiberechtsregelung aufzunehmen. Auf Länderseite wurde kürzlich ein Gesetzesvorhaben in den Bundesrat eingebracht, wonach eine Regelung zum Bleiberecht vorgesehen ist. Für die Betroffenen wäre es dramatisch, wenn sich in Sachen Bleiberecht in bis zur Bundestagswahl nichts mehr bewegen würde. Viele Betroffene leben schon seit vielen Jahren nur geduldet in Deutschland.

Bundestagsbericht zur Anhörung: www.bundestag.de/presse/hib/2013_04/2013_221/01.html

Quelle: www.proasyl.de ■

Demonstration gegen Abschiebungen und „freiwillige“ Ausreise

Freiburg, 20.04.2013. Um gegen die Abschiebepolitik der grün-roten Landesregierung Baden-Württembergs zu demonstrieren, fanden sich um die 700 Menschen, unter ihnen viele Flüchtlinge, in Freiburg zusammen. Neben den Abschiebungen an sich kritisierten sie die Lebensbedingungen, unter denen

Flüchtlinge und Asylsuchende leben müssen, sowie das Verfahren, Flüchtlinge zu einer „freiwilligen Ausreise“ zu nötigen. „Wer nicht freiwillig geht, wird kriminalisiert.“, kritisierte Walter Schlecht vom Freiburger Forum aktiv gegen Ausgrenzung. Bei einem zweieinhalbstündigen Marsch mit anschließender Kundgebung zeigten die Demonstrierenden ihre Solidarität mit den von der Abschiebung bedrohten Menschen.

Flüchtlinge und UnterstützerInnen aus allen Altersgruppen zogen gemeinsam durch die Stadt und setzten damit ein Zeichen gegen die Abschiebepraxis, die sich unter der grün-roten Landesregierung entgegen diverser Lippenbekenntnisse nicht wesentlich verbessert hat – 2012 wurden 763 Flüchtlinge abgeschoben. Entlang der Demonstrationsroute gab es mehrere Redebeiträge unterschiedlicher Gruppen und Einzelpersonen. Konkreten Anlass zu Protest gab den Demonstrierenden eine neuerlich drohende Welle von Abschiebungen. Nach einer Aussetzung über die Wintermonate, hat das Regierungspräsidium Karlsruhe nach eigenen Angaben bereits für den 24. April eine Sammel-Abschiebung von etwa 60 Personen geplant, darunter auch minderjährige Kinder, aus Baden-Württemberg nach Serbien und Mazedonien geplant. Insgesamt sind alleine 170 Roma in Freiburg akut

von der Abschiebung bedroht, 500 leben in einem unsicheren Duldungsstatus. Antony Edorh, ein Sprecher der togolesischen Exil-Organisation Batir le Togo, wies außerdem auf die prekäre Lage vieler Flüchtlinge aus afrikanischen Staaten hin. Herr Edorh selbst ist ebenfalls von der Abschiebung bedroht, wie viele Flüchtlinge aus anderen Herkunftsländern, die fälschlicherweise als sicher eingestuft werden.

Die Demonstrierenden kritisierten zudem eine 2012 in Freiburg eingeführte Praxis, wonach offenbar unerwünschte Flüchtlinge, die schon bis zu 9 Jahren in Freiburg leben, in aussichtslose Asylverfahren gedrängt werden. Für AsylbewerberInnen ist damit nicht länger die Stadt Freiburg zuständig, sondern die Landesaufnahmestelle in Karlsruhe. Durch dieses Verfahren möchte sich die „offene" Stadt Freiburg aus der sozialen Verantwortung herausstehlen, die nicht anerkannten Flüchtlinge bleiben

dabei allerdings auf der Strecke. Dem entgegen forderte ein Vertreter des Freiburger Forums eine „wirklich offene Stadt Freiburg ohne Abschiebungen". Eine Sprecherin der Aktion Bleiberecht zog Bilanz zum 20-jährigen Jahrestag des Asylkompromisses, in dessen Rahmen das Asylrecht durch die sogenannte Drittstaatenregelung deutlich geschwächt wurde und AsylbewerberInnen durch das Asylbewerberleistungsgesetz in ihrer Lebensgestaltung erheblich eingeschränkt werden. Tobias Pflüger von der Informationsstelle Militarisierung Tübingen beleuchtete zudem den Ausbau einer gesamteuropäischen Abwehrpolitik, die viele Flüchtlinge an den EU-Außengrenzen das Leben kostet.

Zur Demonstration hatte das Freiburger Forum aktiv gegen Ausgrenzung aufgerufen. Mehrere Freiburger Gruppen unterstützten die Demonstration. Aufgrund der anstehenden Abschiebung am 24.04.ruft das Freiburger Forum zu einer weiteren Demonstration ab 07:00 Uhr am Baden-Airpark auf. Der Flughafen dient als Dreh- und Angelpunkt der Abschiebungen aus Baden-Württemberg.

Quelle: Pressemitteilung Freiburger Forum aktiv gegen Ausgrenzung ■

Jahrelanger Kampf für Rückkehr erfolgreich

Fall von Anuar und Bedir Naso ist gelöst! Rückkehr erfolgt in wenigen Wochen

HILDESHEIM/HANNOVER 25. APRIL. Nach traumatischen Erfahrungen in syrischen Folterkellern und einer mehr als zweijährigen Odyssee durch Europa dürfen Anuar und Bedir Naso zurück zu ihrer Familie nach Hildesheim. Der jahrelange Kampf der Familie Naso und ihrer Unterstützer_innen um eine Wiedervereinigung der durch Abschiebung auseinander gerissenen Familie nimmt damit ein glückliches Ende. Die Rückkehr verschiebt sich aber um zwei bis drei Wochen, da vor einer Visumserteilung noch technische Formalitäten zu regeln sind. Der Flüchtlingsrat dankt Innenminister Boris Pistorius dafür, dass er auch in diesem Fall eine Lösung im Sinne der betroffenen Flüchtlingsfamilie herbeiführt und damit eine jahrelange Hängepartie beendet.

Am 12. April empfing der niedersächsische Innenminister Boris Pistorius (SPD) eine Gruppe von Unterstützer_innen zu einem kurzen Gespräch. Er nahm die über 18 000 Unterschriften unter eine Petition von Change.org entgegen und sicherte seine Hilfe zu. Am 18. April erklärte der Landkreis Hildesheim sich öffentlich bereit, „in diesem besonderen Einzelfall zur Vermeidung einer außergewöhnlichen Härte ... die Zustimmung zur Erteilung des Visums [zu erteilen]".

Schanas Naso kann ihr Glück noch nicht fassen: „Ich bin sprachlos. Unsere Familie war eine so lange Zeit auseinandergerissen. Ich danke der Landesregierung und allen, die mit dazu beigetragen haben, dass unser Fall nicht vergessen wird", sagte die 21-jährige Schanas Naso heute in Hannover.

Verantwortlich für das Unglück der Familie waren der Landkreis Hildesheim und die Schünemann'sche Flüchtlingspolitik. Die Ausländerbehörde ließ die Familie mit einem Überaufgebot der Polizei in der Nacht zum 1. Februar 2011 überfallartig festnehmen und setzte die Abschiebung unter Inkaufnahme einer Familientrennung durch. Anuar und Bedir Naso wurden als eine der letzten Flüchtlinge kurz vor Ausbruch des Bürgerkriegs nach Syrien abgeschoben, obwohl das Innenministerium zuvor die Aussetzung der Abschiebung von jugendlichen Flüchtlingen mit „positiver Integrationsprognose" angeordnet hatte. Ein paar schlechte Kopfnoten hatten dem Landkreis Hildesheim ausgereicht, um dem damals 15-jährigen Anuar trotz guter Chancen auf einen Hauptschulabschluss eine angeblich mangelnde Integrationsperspektive zu bescheinigen. Nach seiner Ankunft in Syrien wurde Anuar mehr als vier Wochen inhaftiert und gefoltert, kam dann frei und schlug sich mit seinem Vater durch die Türkei bis nach Bulgarien durch.

In den folgenden zwei Jahren taten die Hildesheimer Ausländerbehörde und das niedersächsische Innenministerium unter Führung von Innenminister Schünemann alles, um eine humanitäre Lösung des Falls zu verhindern. Die Verfolgung und Misshandlung von Anuar Naso in Syrien wurde systematisch verharmlost, Anuar wurde zum Betrüger erklärt und für das ihm angetane Leid selbst verantwortlich gemacht.

Auch als ein bulgarisches Gericht den Vater Bedir trotz der insoweit eindeutigen Bestimmungen der Genfer Flüchtlingskonvention für seinen Versuch bestrafte, sich mit Anuar aus Bulgarien nach Deutschland zu seiner Familie durchzuschlagen, und ihn schließlich völkerrechtswidrig wegen „illegaler Grenzübertretung" zu einer zehnmonatigen Gefängnisstrafe verurteilte, kannten die deutschen Behörden kein Erbarmen und verweigerten die Genehmigung für eine Aufnahme des in Bulgarien nun auf sich allein gestellten Anuar in Deutschland.

In einem Europa, das seinen Bürgern Reisefreiheit garantiert, sorgen die bulgarischen Behörden mit Billigung und Unterstützung deutscher Behörden dafür, dass innereuropäische Grenzen für Flüchtlinge nicht überwunden werden können – notfalls durch Kriminalisierung und Wegsperren.

Zehn lange Monate blieb Anuar allein in Bulgarien. Eingaben des Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen wurden vom Innenministerium einfach nicht beantwortet, die Kritik von Menschen- und Kinderrechtlern verhallte ungehört, auch eine ganzseitige Reportage der „Süddeutschen Zeitung" führte zu keiner Korrektur. Der Landrat erklärte sich für unzuständig und verwies auf die deutsche Botschaft in Sofia, welche wiederum die Zustimmung des Landkreises Hildesheim zur Voraussetzung für eine Visumserteilung erklärte. Trotz vorliegender Originalunterlagen über die Registrierung der Familie in Syrien zweifelte der Landkreis das Alter von Anuar an und begründete damit seine Weigerung, den minderjährigen Jungen Anuar nach der Inhaftierung seines Vaters aufgrund eines gescheiterten Fluchtversuchs zu seiner Familie nach Deutschland zurückkehren zu lassen.

Doch die Unterstützer_innen ließen sich von den öffentlichen Falschdarstellungen des Landkreises nicht mundtot machen und starteten mit Unterstützung von Change.org eine eindrucksvolle Solidaritätskampagne. Mit einem Appell von Schanas Naso an den ehemaligen Ministerpräsidenten David McAllister protestierten über 18 000 Menschen gegen das Vorgehen der Behörden. Es folgten Facebook-Demos, E-Mail-Aktionen an den Landkreis Hildesheim, Hintergrundgespräche und ein persönliches Treffen mit David McAllister, der zwar eine Prüfung des Falls zusagte, eine Lösung in den letzten Tagen seiner Amtszeit aber nicht mehr durchsetzte. „Nach den Landtagswahlen habe ich die Petition dann an den neuen Innenminister Pistorius gerichtet und ihm die Unterschriften letzte Woche persönlich übergeben", sagt Schanas. Jetzt hat sie es geschafft. Anuar und sein Vater dürfen nach Deutschland zurückkehren.

gez. Kai Weber

Quelle: Presseinformation Flüchtlingsrat Niedersachsen 25.04.2013

Tagung „Sinti und Roma und Arbeitswelt“

Ort: DGB Bezirk NRW, Düsseldorf
Friedrich-Ebert-Straße 34-38
40210 Düsseldorf
27. Mai 2013 , von 10:30 bis 16:00 h

Im Rahmen der Woche der Weiterbildung von Menschen mit Migrationshintergrund richtet die Tagung den Blick auf das Recht auf Arbeit. Dabei werden bei der Tagung die Situation von Sinti und Roma beim Zugang zur Arbeitswelt und in der Arbeitswelt dargestellt, ihr Beitrag zur Berufsentwicklung und Fachlichkeit gewürdigt und mögliche Maßnahmen zur gleichberechtigten Teilhabe diskutiert.

Inhalte

a Anforderungen an Gestaltung der Zukunft aus historischer Verantwortung
b Wahrung der Minderheitenrechte: Beispiel Schleswig-Holstein
c Schutz von migrierenden Sinti und Roma in der Europäischen Union
d Welche Erfahrungen bestehen im Bereich Arbeitsmarktintegration von Sinti und Roma

Den Einführungsvortrag hält Prof. Wolfgang Benz zum Thema „Aus historischer Verantwortung die Zukunft“ gestalten.

Nutzen Sie die Möglichkeit, sich mit Personen aus ganz verschiedenen Bereichen auszutauschen und neue Erfahrungen zu sammeln.

DGB Bildungswerk Bund e.V.
Leo Monz, Leiter des Bereichs Migration & Qualifizierung 0211-4301 351
leo.monz@dgb-bildungswerk.de

Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in NRW lädt zu einer Workshoptagung ein:

„Dagegen! ...und dann?!“

20 Jahre nach dem Brandanschlag von Solingen: Perspektiven der Erinnerung an rechte Gewalt in Nordrhein-Westfalen

8. Juni 2013, 10-16 Uhr
Haus der Jugend, Dorper Str. 10-16, 42561 Solingen

Seit 2010 lädt die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen zur jährlichen Workshoptagung „Dagegen! … und dann!“ ein. Sie möchte Bündnissen, Initiativen, Fachkräften, MultiplikatorInnen und engagierten Einzelpersonen, die Gelegenheit bieten, über Probleme und Erfahrungen in der alltäglichen Auseinandersetzung mit Rassismus und Rechtsextremismus ins Gespräch zu kommen, sich kennen zu lernen und zu vernetzen.

Rechte und rassistische Gewalttaten haben in Nordrhein-Westfalen in den vergangenen zwanzig Jahren zahlreiche Opfer gefordert. Der Brandanschlag von Solingen am 29. Mai 1993, durch den fünf Menschen starben, ist zu einem Symbol für die mörderischen Ausprägungen des Rassismus in Deutschland geworden. Das Ereignis bildete den vorläufigen Höhepunkt einer in der Bundesrepublik bis dahin beispiellosen Welle rechter Gewalt. Sie wurde begleitet von polemisch geführten Debatten in der „Mitte der Gesellschaft“ um steigende Flüchtlingszahlen und angeblichen „Asylmissbrauch“. Nur wenige Tage vor dem Brandanschlag von Solingen beschloss die überwiegende Mehrheit der Abgeordneten im Deutschen Bundestag die weitgehenden Aushöhlung des Grund-rechts auf Asyl.

Doch nicht nur in Solingen, auch an anderen Orten in Nordrhein-Westfalen kam es zu Brandanschlägen und rechten Übergriffen, bei denen Menschen eingeschüchtert, verletzt oder ermordet wurden. Im öffentlichen Bewusstsein, in den Medien sowie in den lokalen und regionalen Erinnerungskulturen kommen diese Ereignisse jedoch kaum vor.

Sie wurden notorisch verharmlost, verschämt beschwiegen oder gezielt verdrängt. Bis heute finden die Erfahrungen, Wahrnehmungen und Perspektiven der Betroffenen kaum Beachtung. Vielmehr sind sie oftmals sogar weiteren Diffamierungen und Verdächtigungen ausgesetzt, in denen sich rassistische und ausgrenzende Haltungen spiegeln.

Die Frage, wie ein angemessenes Erinnern an rechte Gewalt und deren Opfer in NRW aussehen kann, beschäftigt auch Bündnisse und Initiativen, die sich gegen Rechtsextremismus und Rassismus engagieren – und daher nicht selten als „Nestbeschmutzer“ gelten. Gleichwohl sind es vor allem lokale Bündnisse und Initiativen, die vielfältige und kreative Formen des Gedenkens entwickelt haben. In diesem Kontext tauchen jedoch immer wieder ähnliche Probleme auf:

► Welche Möglichkeiten gibt es, dem Beschweigen und Verdrängen von rechter Gewalt und Rassismus etwas entgegenzusetzen?
► Wie können Erinnerungsformen jenseits inhaltsleerer Ritualisierungen und vordergründiger Vereinnahmungsversuche gestaltet werden?
► Was muss geschehen, dass die Stimmen der Betroffenen von Rassismus und rechter Gewalt Aufmerksamkeit und Anerkennung erfahren?
► Welchen Beitrag können Gedenken und Erinnerung für die aktuellenAuseinandersetzungen mit Rassismus und rechter Gewalt leisten?

Die Workshoptagung der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen möchte allen Interessierten ein Forum bieten, Erfahrungen und gute Ideen auszutauschen, aber auch über Probleme und Perspektiven der Erinnerung an rechte Gewalt in NRW zu diskutieren.

Michael Sturm, mobim
Mobile Beratung im Regierungsbezirk Münster: Gegen Rechtsextremismus, für Demokratie im Geschichtsort Villa ten Hompel
www.mobim.info

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN – Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN – Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Der NSU-Prozess – Ablenkungsmanöver

Junge Freiheit Nr. 15 + 16/13

Noch vor dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Platzvergabe für Journalisten im NSU-Prozess titelt das Blatt, dass „Deutschland kein souveränes Land ist“, sondern von „Statthaltern der Sultane“ beherrscht werde. Als Beweis führt das Blatt „die künstlich hochgekochte und aus der Türkei noch angeheizte Empörung über die Nicht-Bevorzugung türkischer Medien bei der Vergabe fester Korrespondentenplätze“ für das Verfahren. Das NSU-Verfahren werde ein Schauprozess mit vorhersehbarem Ergebnis. In der folgenden Ausgabe bezweifelt das Blatt – wie schon nach der Festnahme von Beate Zschäpe – die Täterschaft der NSU und die Existenz einer Terrorzelle. Es geht sogar so weit, die Fehlermittlungen der Polizei im Umfeld der Opfer als Beleg für die Nichtexistenz der NSU zu werten – aber auch hier die Behauptung: „Letztlich ist das Ergebnis des Verfahrens gegen Zschäpe und ihre vier Mitangeklagten mittlerweile aber zweitrangig. Denn die Vorverurteilung … hat bereits stattgefunden … Und jedes andere Ergebnis wäre somit eine riesige Blamage.“

Neue Hoffnung AfD

Junge Freiheit Nr. 15, 16, 17, 18/13

Vor dem Gründungsparteitag der „Alternative für Deutschland“ sieht das Blatt einen „Hauch von Vormärz“ in der Luft liegen. Der Anti-Euro-Kurs der jungen Partei liegt dem Blatt am Herzen, das in der Ausgabe 16 sogar einen eigenes Ausstiegs-Szenario veröffentlicht. Deshalb verbindet das Blatt mit dem Auftauchen der AfD die Hoffnung, „eine kraftvolle Opposition“ im Bundestag könne die Regierung zwingen, „in Europa nicht mehr länger Verträge zu Lastgen des deutschen Steuerzahlers einzugehen.“ Das Blatt begleitet die Parteigründung und danach die Gründung der Landesverbände mit mehreren Artikeln und lobt die Parteigründer dafür, dass es ihnen bislang gelungen sei, „sich gegen Provokateure und Glücksritter mit einer ‚zweifelhaften‘ Vergangenheit‘ erfolgreich abzuschotten.“

Die Parteigründung sei „furios“ gewesen, die Partei habe inzwischen über 11 000 Mitglieder und sie vermeide schlau, in den Geruch des Rechtsextremismus zu kommen – wenn etwa der Vorsitzende die Aufhebung des Arbeitsverbots für Flüchtlinge fordere. Chefredakteur Dieter Stein gibt die Linie vor: Die rechten Kräfte in Deutschland sollten nicht zu pingelig mit der Programmatik der Partei sein: „Entscheidend ist jedoch, dass eine Organisation in Gang gesetzt wurde, die das Potential hat, das vorhandene Parteiensystem zu öffnen … Die Euro-Rettung ein Randthema? Im Gegenteil: Die Frage der Abschaffung der Budgethoheit und die Schleifung der nationalen Souveränität betrifft den Kern der demokratischen Verfasstheit unseres Staates. Die AfD hat es geschafft, ein Thema auf die Agenda der Bundestagswahl zu setzen, von dem Merkel, Steinbrück, Rösler und Trittin gerne mit Quotenquatsch … abgelenkt hätten.“

In der Ausgabe 18 interviewt das Blatt Hugo Müller-Vogg, ehemals Mitherausgeber der FAZ, der zur AfD meint, die Partei gefährde die schwarz-gelbe Regierung, in dem sie ihr Stimmen wegnehme und so eine rot-grüne Regierung möglich mache. Dazu erklärt der stellvertretende Vorsitzende der AfD, der ehemalige CDU-Staatssekretär Alexander Gauland: „Aber was Hugo Müller-Vogg bei seinen berechtigten Einwänden meiner Ansicht nach nicht bedenkt, ist, dass sich bei einem AfD-Erfolg die Stimmung ändern wird, auch bei den Etablierten.“

In derselben Ausgabe zitiert das Blatt aus einer Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung, die empfiehlt, die Partei ernst zu nehmen und davor warnt die AfD „durch anhaltende öffentliche Auseinandersetzung aufzuwerten.“

Bis zum 11. Mai will die AfD alle Landesverbände gegründet habe – deren Gründung verlaufe weitgehend „geräuschlos“, allerdings hätten „Mitglieder ohne parteipolitische Erfahrung … keine Chance, einen Posten zu bekommen.“

Uld ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 24 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 48 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 30 Euro
- O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,– Euro).

Erscheinungsweise: 14-täglich

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507